

Forum gegen Fakes

Bürgergutachten zum

Umgang mit Desinformation



© Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

September 2024

Herausgeber

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Texte

Der Bürgerrat „Forum gegen Fakes“ für das Kapitel 4
Bertelsmann Stiftung: Anna Renkamp, Dr. Stefan Roch, Anne Meisiek, Dr. Angela Jain

Verantwortlich

Anna Renkamp
Dr. Angela Jain
Dr. Dominik Hierlemann

Lektorat

Helga Berger

Zitationshinweis

Bertelsmann Stiftung (2024). Forum gegen Fakes. Bürgergutachten zum Umgang mit Desinformation. Gütersloh.

Layout

Markus Diekmann

Druck

Hans Gieselmann Druck und Medienhaus GmbH & Co. KG

Bildnachweise

- © Francesco Ciccolella / TAU GmbH (Deckblatt und Logo)
- © Sebastian Pfützte (Seite 4, 6 oben, 15, 17, 19, 29, 33, 37, 52, 55, 56, 57, 58)
- © Stefan Roch (Seite 5)
- © Montage: insta_photos - stock.adobe.com; Francesco Ciccolella / TAU GmbH (Seite 6 unten)
- © PicturePeople (Seite 9 links)
- © Ansichtssache_Britta Schröder (Seite 9 rechts)
- © Montage: Vector Hub/shutterstock; Make.org (Seite 43)
- © Unsplash/Gettyimages, © ThisisEngineering RAEng, © Nick Fancher, © Alan Warburton, © Anodé (Seite 45)

DOI 10.11586/2024149

Forum gegen Fakes

Bürgergutachten zum Umgang mit Desinformation

Das Projekt wurde initiiert und durchgeführt von der Bertelsmann Stiftung in Kooperation mit:



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat



Michael Otto
Foundation for
Sustainability

STIFTUNG
MERCATOR

Mit Unterstützung von:

Nachrichtenportal t-online
Initiative #UseTheNews
Deutschland sicher im Netz e. V.
und Projektbeirat

Unter Mitarbeit von:

nexus Institut, IFOK GmbH (Moderation Bürgerrat)
Make.org (Online-Beteiligung)
TAU GmbH, Hier Mittenmang GmbH (Kommunikation)
Universität Stuttgart (Evaluation)
Rosenthal Research (Teilnehmenden-Gewinnung)

Forum gegen Fakes – Gemeinsam für eine starke Demokratie



Das ist der Bürgerrat

Hussain Alkhanchi
 Elisa Ammarell-Brüning
 Pretty Balramji
 Ulrike Bargon
 Ulrich Bartel
 Christopher Baßler
 Benjamin Bäuml
 Holger Bellinghausen
 Larissa B.
 Nancy Böttcher
 Andreas Brehmer
 Kinga Bruns
 Petra Burnett
 Nico Chasan
 Jürgen Dallner
 Elena Denzler
 Tim Deubel
 Dirk Dick
 Lutz Diers
 Michael Diesenhof
 Josefine Dölker
 Christian Erichsen
 Anne Evelyn
 Arne Feldmann
 Sven Fleischhauer
 Ivonne Frank
 Werner Gelhar
 Jakob Gemmel

Isabel Gerlicher
 Monika Goldschmidt
 Celine Gräf
 Sabimari Harloff Lorenty
 Thomas Heinze
 Fabian Heß
 Nina Höfmann
 Rica Ania Höpfner
 Karl-Heinz Jörß
 Wolfram Kalb-Rottmann
 Gunnar Kämmer
 Errol Karkosch
 Sarah Kelbling
 Klaus Knörle
 Michael Köhler
 Elena Köhler
 Elisabeth Krause-Struss
 Tobias Krüger
 Tom-Benedikt Kullick
 Birgit Landhäußer
 Mario Lauterbach
 Rüdiger Lehmann
 Regina Lehmbecker
 Luisa Licker
 Steffi Linß
 Petra Lohmann
 Kristin Lühring
 Maria Maierholzner

Francine Makak
 Ronja Manthey
 Norbert Marx
 Susanne Mazzero
 Jennifer Meden
 Anne-Katrin Meier
 Peter Meyer
 Rebekka Mörschardt
 Andreas Müller
 Ansgar Müller
 Bernd Müller
 Hans Peter Müller
 Jochen Müller
 Kersten Müller
 Klaus Dieter Müller
 Paul Müller
 Ronja Nagel
 Monika Nedic
 Jens Neumann
 Xolisa Ngonyo
 Charanjit Nitzsche
 Freya Obermüller
 Perihan Özkesemen
 Dominik Pandel
 Uwe Pape
 Melanie Peilstöcker
 Felix Quehl
 Nia Naomi Rauscher

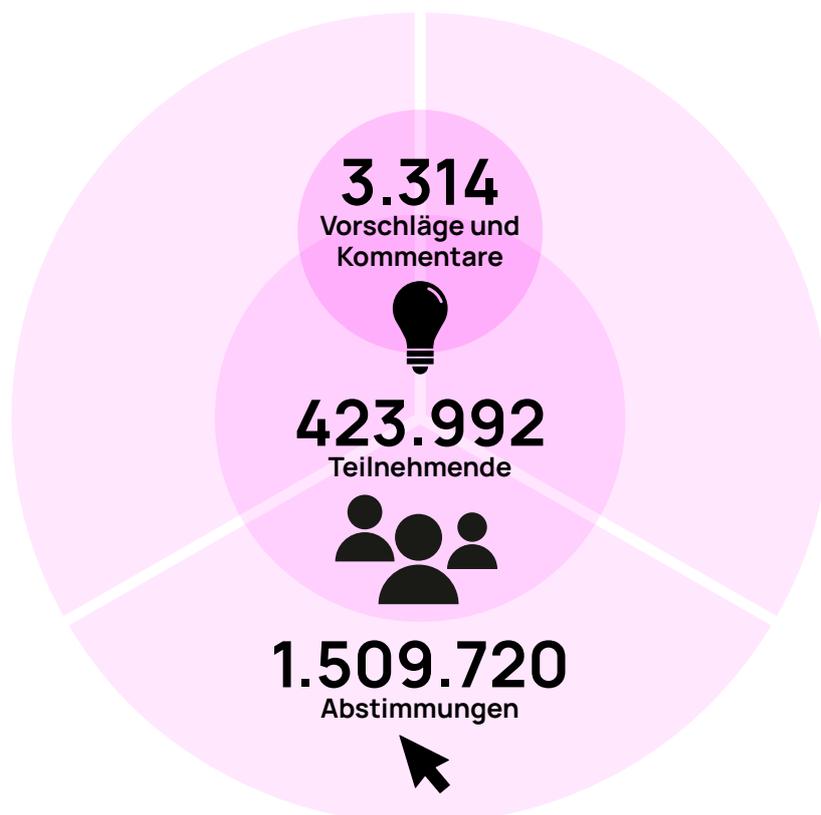
Beate Rauscher
 Leon Reeger
 Uta Reincke
 Sabrina Riemer
 Sinah Rommerskirchen
 Björn Ruge
 Eva Sangaré
 Oliver Schmidt
 Jennifer Schmidt
 Sina Schneider-Wittmann
 Laura Schramm
 Johannes Schwarze
 Giulia Shahin
 Andreas Steiner
 Patrick Süß
 Alexander Tarnowski
 Malwina Terlecka
 Henning Timmer
 Angela Viebach
 Jessica Voß
 Fabienne Wähner
 Hermann Walter
 Judith Wellhausen
 Georg Wichmann
 Kristina Wilkesmann
 Kathrin Witteler
 Laura Ziegler

Es haben 27 weitere Personen an einer oder mehreren Sitzungen des Bürgerrats teilgenommen, die einer namentlichen Nennung nicht zugestimmt haben.



Zusätzlich war die gesamte Bevölkerung gefragt

In drei Online-Beteiligungen wurde über 1,5 Millionen Mal abgestimmt.





Inhalt

Vorwort	8
1 Fakten und Ergebnisse auf einen Blick	10
2 Das Wichtigste in Kürze	12
3 Über das Thema Desinformation, das Projekt und die Beteiligten	16
4 Die Handlungsempfehlungen des Bürgerrats „Forum gegen Fakes“	20
5 Prozess und Ergebnisse – Die Kombination von Online-Beteiligung und Bürgerrat	38
5.1 Überblick	38
5.2 Ergebnisse der einzelnen Prozessschritte	42
6 Die finale Online-Abstimmung – Wie die Online-Teilnehmenden die Maßnahmen des Bürgerrats bewerten	48
7 Vielfalt des Bürgerrats – Die Zusammensetzung der Gruppe und wie diese zustande kam	52
8 Das Projekt ist noch nicht zu Ende – Fazit und Ausblick	54
9 Stimmen aus dem Projekt – Was die Teilnehmenden selbst sagen	56

Vorwort

„Demokratie braucht Bürgerbeteiligung, Meinungs austausch und transparente Entscheidungen. Sie sind das beste Mittel gegen Politikmüdigkeit und Demokratieverdrossenheit.“

Wolfgang Schäuble, ehemaliger Bundestagspräsident

Demokratien stehen weltweit unter Druck. Gesellschaftliche Spannungen und Polarisierung, Angriffe auf die Medienfreiheit und das Rechtssystem, sinkendes Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit etablierter Institutionen – die Liste beunruhigender Entwicklungen ließe sich leicht verlängern. Auch in Deutschland sind immer mehr Menschen verunsichert.

Dazu trägt maßgeblich Desinformation bei, deren Verbreitung und Einfluss durch Digitalisierung und Soziale Medien rasant zugenommen hat. Absichtlich verbreitete Falschinformationen, häufig von demokratiefeindlichen Akteuren initiiert, irritieren und untergraben Vertrauen und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ziel ist es dabei vielfach, unsere Demokratie zu erschüttern, ja sogar zu zerstören.

Immer mehr Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland ist bewusst, wie gefährlich Desinformation ist: 81 Prozent der Menschen, die wir für unsere Studie „Verunsicherte Öffentlichkeit“ befragten, sehen Desinformation als eine Gefahr für die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Strategien zum Umgang mit dieser wachsenden Herausforderung müssen allerdings immer weiter verbessert werden.

Die Bertelsmann Stiftung hat gemeinsam mit Partnern das „Forum gegen Fakes – Gemeinsam für eine starke Demokratie“ ins Leben gerufen, um Bürgerinnen und Bürger direkt zu beteiligen und gemeinsam Antworten auf diese Herausforderung zu entwickeln. Wie schützen wir die Meinungsfreiheit, und wie schützen wir uns vor Informations-

manipulation in Zeiten von fortschreitender Digitalisierung? Welche Bedeutung haben Soziale Medien und die Entwicklung der Künstlichen Intelligenz für die digitale Kommunikation? Wie verhindern wir illegitime Einflussnahme auf unsere demokratische Willensbildung und, ganz konkret, auf unsere Wahlen? Das sind entscheidende und gleichzeitig sensible Fragen, für die wir eine gesamtgesellschaftliche Debatte benötigen. Dafür haben wir das „Forum gegen Fakes“ initiiert.

Demokratien müssen immer wieder beweisen, dass sie das beste System sind, um eine gute Zukunft zu gestalten und den Menschen ein Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand zu sichern. Dazu gehört gesellschaftliche Teilhabe – das Gefühl, dass die eigenen Belange gehört und berücksichtigt werden. Neue Formen der Bürgerbeteiligung über Wahlen hinaus, wie das „Forum gegen Fakes“, sind wichtiger denn je: themenorientiert, fokussiert, deliberativ und auch digital.

Die gute Nachricht: Es tut sich etwas im Land. Der Deutsche Bundestag führt Bürgerräte durch, einzelne Bundesländer nutzen neue Beteiligungsformate im Gesetzgebungsprozess, und für viele Kommunen sind Beteiligungswerkstätten und digitale Mitmach-Plattformen längst demokratischer Alltag.

Die globalen und gesellschaftlichen Entwicklungen lassen keine Zeit für Stillstand. Deshalb haben wir Neues gewagt und ein einzigartiges Beteiligungsformat entwickelt. Unser „Forum gegen Fakes“ kombiniert einen Bürgerrat mit über 120 zufällig ausgewählten Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus ganz Deutschland mit einer parallel dazu durchgeführten breiten Online-Konsultation. Die Teilnehmenden des Bürgerrats haben neun volle Arbeitstage investiert, um gemeinsam in Berlin und von zu Hause aus über ihre Bildschirme miteinander Lösungsansätze zu entwickeln. Mehr als 423.000 Menschen haben sich seit Anfang 2024 an der Online-Konsultation beteiligt.

Jetzt liegen mit diesem Bürgergutachten die Ergebnisse vor: 15 Empfehlungen und 28 konkrete Maßnahmen, auf die sich der Bürgerrat verständigt hat. So stehen Sensibilisierung und Medienkompetenz im Fokus wie auch die sozialen Plattformen, die noch stärker in die Pflicht genommen werden sollten. Deutlich wird auch: Die Teilnehmenden haben sich intensiv mit dem Spannungsfeld zwischen Meinungsfreiheit und Bekämpfung von Desinformation auseinandergesetzt.

Wir danken allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern – für ihr Engagement und ihre Diskussionsbereitschaft, das gegenseitige Zuhören und den respektvollen Umgang miteinander, für ihre Ideen und detaillierten Vorschläge. Zahlreiche Expertinnen und Experten haben sich mit großem Sachverstand und Offenheit an den Beratungen des Bürgerrats beteiligt. Wir danken auch allen, die sich deutschlandweit digital in den Prozess eingebracht haben. Demokratie lebt von engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Im „Forum gegen Fakes“ durften wir viele kennenlernen – und waren von ihrem großen Einsatz, ihrer Kreativität und ihrer Ideenvielfalt berührt. Sie sind die Autorinnen und Autoren der nun vorliegenden Empfehlungen.

Das „Forum gegen Fakes“ ist ein Gemeinschaftswerk vieler. Wir danken dem Bundesministerium des Innern und für Heimat, der Stiftung Mercator

und der Michael Otto Foundation for Sustainability für die exzellente Kooperation. Das Nachrichtenportal t-online hat durch die Kampagne auf Medienwänden in deutschen Bahnhöfen und Einkaufszentren maßgeblich dazu beigetragen, dass so viele Menschen aus allen Regionen Deutschlands und ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen digital mitgewirkt haben. Der Verein Deutschland sicher im Netz e. V., die Initiative #UseTheNews und die Mitglieder des Projektbeirats haben mit ihren Netzwerken und Ideen den Prozess bereichert.

Mit der Übergabe des Bürgergutachtens an Bundesinnenministerin Nancy Faeser werden nun die Ergebnisse und deren Umsetzung breit diskutiert. Das Bundesinnenministerium nutzt das Bürgergutachten u. a. für die Erstellung der Strategie der Bundesregierung zum Umgang mit Desinformation. Neben der Politik sind jedoch viele weitere Akteure gefragt und angesprochen: Medien, Tech-Konzerne, die Zivilgesellschaft – ja, wir alle. Mithilfe einer gut informierten Gesellschaft, einer pluralistischen Medienlandschaft, mit Qualitätsjournalismus sowie mit einer Bildungspolitik, die die Nachrichten- und Medienkompetenz stärkt, kann uns ein guter Umgang mit Desinformation gelingen. Desinformation wird nicht aus der Welt verschwinden. Aber wir können lernen, damit umzugehen, und so unsere Demokratie schützen und stärken.



Prof. Dr. Daniela Schwarzer
Vorständin
Bertelsmann Stiftung



Dr. Dominik Hierlemann
Senior Advisor,
Demokratie und Zusammenhalt
Bertelsmann Stiftung

1 Fakten und Ergebnisse auf einen Blick

Die 15 Empfehlungen des Bürgerrats

Bildung und Sensibilisierung

- Durchführung einer jährlich stattfindenden bundesweiten Aktionswoche zur Aktivierung der Bevölkerung gegen Desinformation
- Vermittlung von Medienkompetenz an Erwachsene
- Medienkompetenz in den Lehrplänen
- Rechtliche Verankerung von Medienkompetenz in der Bildung
- Fake-News-Quiz – Was ist wahr oder falsch?
- Desinformationsranking zu Aussagen von politischen Akteurinnen und Akteuren

Medienpraxis und Journalismus

- Gütesiegel für qualitativen Journalismus
- Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger durch Transparenz über Medien und Rückverfolgbarkeit von Quellen fördern
- Bereitstellung von Material zum Themenbereich Desinformation für Medienhäuser

Soziale Netzwerke

- Entwicklung und Verbreitung von leichtverständlichen Leitlinien zum Umgang mit Desinformation
- Verpflichtung der Social-Media-Plattformen zur effektiven Bekämpfung von Desinformation
- Bewusstes Posten zur Vermeidung der Verbreitung von Desinformation

Künstliche Intelligenz

- Entwicklung von Technologien zur Kennzeichnung von Desinformation

Einfluss fremder Staaten

- Schaffung einer zentralen Stelle zu Desinformation
- Prüfung einer strafrechtlichen Verfolgung und/oder Sanktionierung der Verbreitung von Desinformation

Hinweis: Einige Empfehlungen lassen sich mehreren Themen zuordnen. Die Einteilung der Empfehlungen richtet sich vor allem nach den Themengruppen des Bürgerrats, in denen die verschiedenen Aspekte primär diskutiert wurden.

Beteiligte und ihre Mitwirkung

423.992 Teilnehmende¹ an den drei Online-Beteiligungen stimmen **1.509.720**-mal ab und erstellen **3.314** Kommentare und Vorschläge.

Über **120** Bürgerinnen und Bürger tagen **9** Tage in Präsenz und online. Sie erstellen **15** Handlungsempfehlungen mit **28** konkreten Maßnahmen.

Online-Beteiligung

Erste Phase der Online-Beteiligung vom 24. Januar 2024 bis 1. April 2024

Sammlung von Themen und Vorschlägen zur Frage: „Fakes und Manipulation von Informationen: Was sollten wir tun, um uns und unsere Demokratie zu schützen?“

- 197.835 Teilnehmende
- 876.291 Abstimmungen
- 1.611 Vorschläge

Zweite Phase der Online-Beteiligung vom 22. April 2024 bis 12. Mai 2024

Feedback zu fünf vorläufigen Empfehlungen des Bürgerrats

- 9.623 Teilnehmende
- 10.381 Abstimmungen
- 1.703 Kommentare

Dritte Phase der Online-Beteiligung vom 5. Juni 2024 bis 2. Juli 2024

Abstimmung über 28 konkrete Maßnahmen, die der Bürgerrat in seinen Empfehlungen vor schlägt

- 216.534 Teilnehmende
- 623.048 Abstimmungen

Bürgerrat

Mehr als 120 Bürgerinnen und Bürger aus ganz Deutschland,

- aus allen Bundesländern,
- divers in Bezug auf Geschlecht, Alter, Bildungsgrad, Lebensraum und Migrationshintergrund

Treffen vom 15. bis 17. März 2024 in Berlin, am 13. April, 20. April und 4. Mai 2024 online

6 Tage in Präsenz und online

Der Bürgerrat legt die Themenschwerpunkte fest und entwickelt Ideen, Vorschläge und vorläufige Empfehlungen.

Treffen vom 24. bis 26. Mai 2024 in Berlin

3 Tage in Präsenz

Der Bürgerrat erarbeitet und verabschiedet 15 Empfehlungen in fünf unterschiedlichen Themenfeldern. Diese Empfehlungen werden für die dritte Online-Beteiligung in 28 konkrete Maßnahmen aufgeschlüsselt.

Dialogveranstaltung zur Übergabe des Bürgergutachtens am 12. September 2024 in Berlin

Aus den Ergebnissen der drei Phasen der Online-Beteiligung und des Bürgerrats ist dieses Bürgergutachten entstanden, das Bürgerinnen und Bürger im September an die Bundesinnenministerin Nancy Faeser übergeben und mit Akteuren aus Politik, Verwaltung, Medien, Wirtschaft und Zivilgesellschaft diskutieren.



Weitere Informationen
finden Sie auf unserer Website:
forum-gegen-fakes.de/de/ergebnisse-der-buergerbeteiligung



¹ Da aus Datenschutzgründen die IP-Adresse nicht getrackt wird, ist es möglich, dass die tatsächliche Anzahl der Teilnehmenden geringer ist.

2 Das Wichtigste in Kürze

„Fakes und Manipulation von Informationen – Was sollten wir tun, um uns und unsere Demokratie zu schützen?“ Mit dieser Frage startete am 24. Januar 2024 die erste Online-Beteiligung des Projekts „Forum gegen Fakes – Gemeinsam für eine starke Demokratie“. Die Online-Beteiligung bildete den Auftakt für das deutschlandweite Bürgerbeteiligungsprojekt der Bertelsmann Stiftung zum Umgang mit Desinformation.

Wir alle werden immer öfter mit Desinformation konfrontiert. Die manipulierten Informationen erwecken oft den Eindruck, dass es sich um echte, belegbare Nachrichten handelt. So werden gezielt Falschinformationen verbreitet. Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung stellt Desinformation für 81 Prozent der Menschen in Deutschland eine reale Gefahr für die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt dar (siehe Studie [„Verunsicherte Öffentlichkeit“²](#)). Viele Menschen sind verunsichert und verlieren ihr Vertrauen in staatliche Institutionen, Medien und demokratische Meinungsprozesse. Ziel des Projekts „Forum gegen Fakes“ ist es, dieser Entwicklung entgegenzuwirken und die Demokratie zu stärken.

Das Projekt richtet sich an die ganze Bevölkerung. Jeder und jede kann sich einbringen. Der Grundgedanke: Gemeinsam können wir Fortschritte beim Umgang mit Desinformation erzielen. Deshalb brauchen wir die Meinungen, die Ideen und das Wissen der Vielen, und deshalb muss der Diskurs in der Breite der Gesellschaft geführt werden. Um aber zu konkreten Lösungen zu kommen, braucht es auch tiefergehende Diskussionen. Das funktioniert nur in kleineren Gruppen, wie etwa im Format eines Bürgerrats.

Die Innovation: Kombination von breiter Online-Beteiligung mit einem Bürgerrat

In einer weltweit einzigartigen Form der Bürgerbeteiligung wurden im Zeitraum von Januar bis Juli 2024 drei breit angelegte Online-Beteiligungen durchgeführt und mit einem Bürgerrat aus zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern kombiniert. Jeder und jede konnte online Vorschläge, Kommentare und Einschätzungen zum Umgang mit Desinformation einbringen. 423.992 Teilnehmende stimmten 1.509.720-mal bei den drei Online-Beteiligungen ab und erstellten 3.314 Kommentare und Vorschläge.

Die Ergebnisse der Online-Beteiligungen wurden in die Arbeit des Bürgerrats eingespeist. Die aus mehr als 120 Bürgerinnen und Bürgern vielfältig zusammengesetzte Gruppe des Bürgerrats tagte neun Tage in Präsenz und online. In großen und kleinen Gruppen arbeiteten die Bürgerinnen und Bürger im Bürgerrat zusammen. Sie brachten ihr Alltagswissen und ihre Erfahrungen ein, tauschten sich mit

Der Bürgerrat „Forum gegen Fakes“

Der Bürgerrat „Forum gegen Fakes – Gemeinsam für eine starke Demokratie“ besteht aus über 120 Bürgerinnen und Bürgern, die die Vielfalt der Bevölkerung in Deutschland abbilden. Für die Zusammensetzung des Bürgerrats wurden folgende Kriterien zugrunde gelegt: regionale Herkunft (alle Bundesländer), Gemeindegröße (aus Städten und dem ländlichen Raum), Geschlecht, Alter, Bildungsgrad und Migrationshintergrund. Neben Deutschkenntnissen (mindestens Level B2) waren keine speziellen Fachkenntnisse für die Teilnahme am Bürgerrat erforderlich. Das Mindestalter für die Teilnahme betrug 18 Jahre.

² <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/verunsicherte-oeffentlichkeit>

Expertinnen und Experten aus und holten Feedback von den Online-Teilnehmenden ein sowie von Akteuren aus Politik, Verwaltung und Interessengruppen. Das Ergebnis ihrer Arbeit sind 15 Handlungsempfehlungen mit 28 konkreten Maßnahmen für Politik, Medien, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Die Ergebnisse: Meinungen und Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger zum Umgang mit Desinformation

Die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung im „Forum gegen Fakes“ zeigen sehr deutlich, dass Desinformation als reale Gefahr für die demokratische Ordnung gesehen wird. Die Online-Teilnehmenden und der Bürgerrat nehmen diese Gefahr sehr ernst und begrüßen Maßnahmen zur Eindämmung von Desinformation.

Die Vorschläge der Online-Teilnehmenden zeigen deutlich, wo die Prioritäten im Umgang mit Desinformation liegen: Sensibilisierung und Bildung ist ihnen besonders wichtig, beispielsweise durch die Vermittlung von Medienkompetenz und Information, Aufklärungskampagnen und zielgruppengerechte Kommunikation. Ebenfalls wichtig sind ihnen auch Veränderungen in der Medienpraxis, im Journalismus und in den Sozialen Netzwerken. Es besteht ein breiter Konsens, dass die Übernahme von „Verantwortung“ durch beteiligte Akteure wie Politik, Medien und Plattformbetreiber unbedingt erforderlich ist. Aber auch die Selbstverantwortung des Einzelnen spielt eine wichtige Rolle beim Umgang mit Desinformation. Einige Teilnehmende sprechen sich aber auch für restriktive Maßnahmen aus, beispielsweise politische und regulatorische Schritte gegen Desinformation, während andere diese für zu weitreichende Eingriffe halten.

Der Bürgerrat setzte sich intensiv in fünf Themengruppen mit den Themen Bildung und Sensibilisierung, Medienpraxis und Journalismus, Soziale Netzwerke, Künstliche Intelligenz und Einfluss fremder Staaten auseinander und erarbeitete 15 Handlungsempfehlungen, die in 28 Maßnahmen aufgeschlüsselt

wurden. Die Handlungsempfehlungen und Maßnahmen richten sich an Politik, Medien, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Auch für den Bürgerrat ist Bildung und Medienkompetenz der wichtigste Schlüssel zum Umgang mit Desinformation, nicht nur verpflichtend in der Schule, sondern als Angebot für alle Gruppen der Gesellschaft.

Der Bürgerrat fordert verstärkte Bemühungen, um Desinformation und KI-generierte Inhalte zu kennzeichnen und die Verbreitung von Desinformation einzudämmen. Dafür braucht es beispielsweise eine unabhängige Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger sowie für Journalistinnen und Journalisten zur Beratung, Prüfung und Richtigstellung von Desinformation. Auch digitale Plattformen werden in die Pflicht genommen: Ihr Design soll dazu anregen, Quellen von Bildern und zitierten Fakten anzugeben. Die Algorithmen sollen dafür sorgen, dass Inhalte, die Kennzeichen von Desinformation aufweisen, nicht verbreitet werden. Plattformen sollen verpflichtet werden, jährlich ein Prozent ihres weltweiten Jahresumsatzes in die Bekämpfung von Desinformation zu investieren. Der Qualitätsjournalismus soll gestärkt werden, durch eigene Aufklärungsarbeit zu den Auswirkungen von Desinformation und durch ein freiwilliges, transparent gestaltetes Gütesiegel.

Nicht zuletzt können Nutzer und Nutzerinnen selbst eine Menge tun, beispielsweise einen bewussten Umgang beim Posten und Teilen von potenziell demokratiegefährdenden Inhalten in den Sozialen Medien pflegen.

Intensiv diskutiert wurde das Spannungsfeld zwischen Meinungsfreiheit und Bekämpfung von Desinformation. Teilnehmende befürchteten Eingriffe in die grundgesetzlich verankerte Meinungsfreiheit. Die Herausforderung besteht also darin, Lösungen zur effektiven Bekämpfung von Desinformation zu finden, die die Meinungsfreiheit nicht antasten. Die Online-Beteiligung hat gezeigt, dass Desinformation von einigen Teilnehmenden mit freier Meinungsäußerung gleichgesetzt wird. Hier ist die eindeutige Definition von Desinformation entscheidend: gezielt manipulierte Informationen, die das Ziel verfolgen, Menschen zu beeinflussen und der Gesellschaft

einen Schaden zuzufügen. Es wird deutlich, wie wichtig Information und eine aufgeklärte Debatte zu dem Thema sind, um den Einfluss schädlicher Desinformation zu begrenzen.

In der abschließenden Online-Abstimmung bewerteten die Online-Teilnehmenden die finalen Maßnahmen des Bürgerrats überwiegend positiv. Sehr viel Zustimmung bekamen Maßnahmen, die den Menschen ein besseres Verständnis ermöglichen, woher Informationen stammen. Beispielsweise erhielt die Kennzeichnung von Inhalten, die durch künstliche Intelligenz erstellt wurden, 73 Prozent Zustimmung. Maßnahmen, die den Staat und Social-Media-Konzerne in die Pflicht nehmen, bekamen tendenziell mehr Zustimmung als Maßnahmen, die direkt auf das Verhalten des Einzelnen abzielen.

Eine Erkenntnis: Die Kombination von Online-Beteiligung und Bürgerrat zahlt sich aus

Die Zahlen und Ergebnisse zeigen: Das „Forum gegen Fakes“ hat effektiv zu einer öffentlichen Debatte zum Umgang mit Desinformation in Deutschland beigetragen. Von der Verknüpfung und dem Wechselspiel der Formate profitierten beide Gruppen, die Online-Teilnehmenden und der Bürgerrat. Die Impulse und das Feedback der Online-Teilnehmenden bereicherten die Arbeit des Bürgerrats und führten zu einer höheren Qualität der Handlungsempfehlungen. Die Ideen und Empfehlungen des Bürgerrats wiederum motivierten und inspirierten die Online-Teilnehmenden, abzustimmen und ihre Meinungen und Ideen einzubringen.

Weitere Informationen zu den Ergebnissen finden Sie in Kapitel 4:

Die Handlungsempfehlungen des Bürgerrats „Forum gegen Fakes“.

Ausblick: Bürgergutachten und „Follow-up“

Die Ergebnisse der drei Phasen der Online-Beteiligung und des Bürgerrats sind im Bürgergutachten dokumentiert. Mit der Übergabe des Bürgergutachtens am 12. September 2024 an die Bundesinnenministerin Nancy Faeser startet der Nachfolgeprozess („Follow-up-Prozess“). Das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) wird die Empfehlungen unter anderem für die Erarbeitung einer neuen Strategie der Bundesregierung zum Umgang mit Desinformation nutzen.

Ziel des Follow-up-Prozesses ist es, mit unterschiedlichen Aktivitäten eine bestmögliche Umsetzung der Handlungsempfehlungen zu befördern. Hier ist die Vermittlung von Informationen über das Projekt und die Ergebnisse des „Forums gegen Fakes“ ein erster wichtiger Schritt. Die im Bürgergutachten adressierten Gruppen, wie Politik, Verwaltung, Medien, Wirtschaft (Tech-Konzerne) und Zivilgesellschaft, werden auf verschiedenen Wegen informiert. Angedacht sind bereits Veranstaltungen mit den entsprechenden Ressorts der Bundesregierung, mit Akteuren aus Medien, Wirtschaft und Zivilgesellschaft und im Jahr 2025 eine Feedback-Veranstaltung mit Bürgerinnen und Bürgern des Bürgerrats.



Eine ausführliche Ergebnisdokumentation, Fragen und Antworten rund um das Projekt „Forum gegen Fakes“, eine Mediathek mit vielen vertiefenden Materialien sowie Updates zum Follow-up finden Sie auf unserer Projektwebsite:
forum-gegen-fakes.de





3 Über das Thema Desinformation, das Projekt und die Beteiligten

„Desinformationen und Fakes sind etwas, das einem permanent im Alltag begegnet, manchmal ganz unbewusst.“

Teilnehmer des „Forums gegen Fakes“



Weitere Informationen zum Thema Desinformation finden Sie in unserer Mediathek:
forum-gegen-fakes.de/de/mediathek



Innovationen wie Künstliche Intelligenz (KI) und der zunehmende Einfluss Sozialer Medien haben die öffentliche Kommunikation in den letzten Jahren dramatisch verändert. Neben positiven Effekten nimmt die massenhafte Verbreitung von Desinformation und das „Faken“ von Bildern oder Videos zu. Desinformation ist gezielte Falschinformation, die verbreitet wird, um Menschen zu manipulieren, öffentliche Debatten zu beeinflussen, die Gesellschaft zu spalten sowie den Zusammenhalt und die Demokratie zu schwächen.³ Sie ist schnell in Umlauf gebracht und mit einem Klick ungeprüft geteilt. Das

kann zu gesellschaftlicher Verunsicherung führen und Vertrauensverluste in öffentliche Institutionen und die Demokratie nach sich ziehen.

Dieser Entwicklung will das Projekt „Forum gegen Fakes – Gemeinsam für eine starke Demokratie“ Rechnung tragen. Ziel des Projekts ist es, mit einem bisher einzigartigen Format der Beteiligung eine bundesweite Debatte zum Umgang mit Desinformation anzustoßen. Unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger sollen ein besserer Umgang mit Desinformation gefunden und konkrete Handlungs-

Fehlinformation vs. Desinformation

Fehlinformation

→ **Keine** Täuschungsabsicht

Zum Beispiel:

- **Clickbaiting**
reißerische Überschriften
- **Satire / Parodie**
überspitzte oder humoristische Darstellung
- **Zeitungssente**
versehentliche Falschmeldung

Desinformation

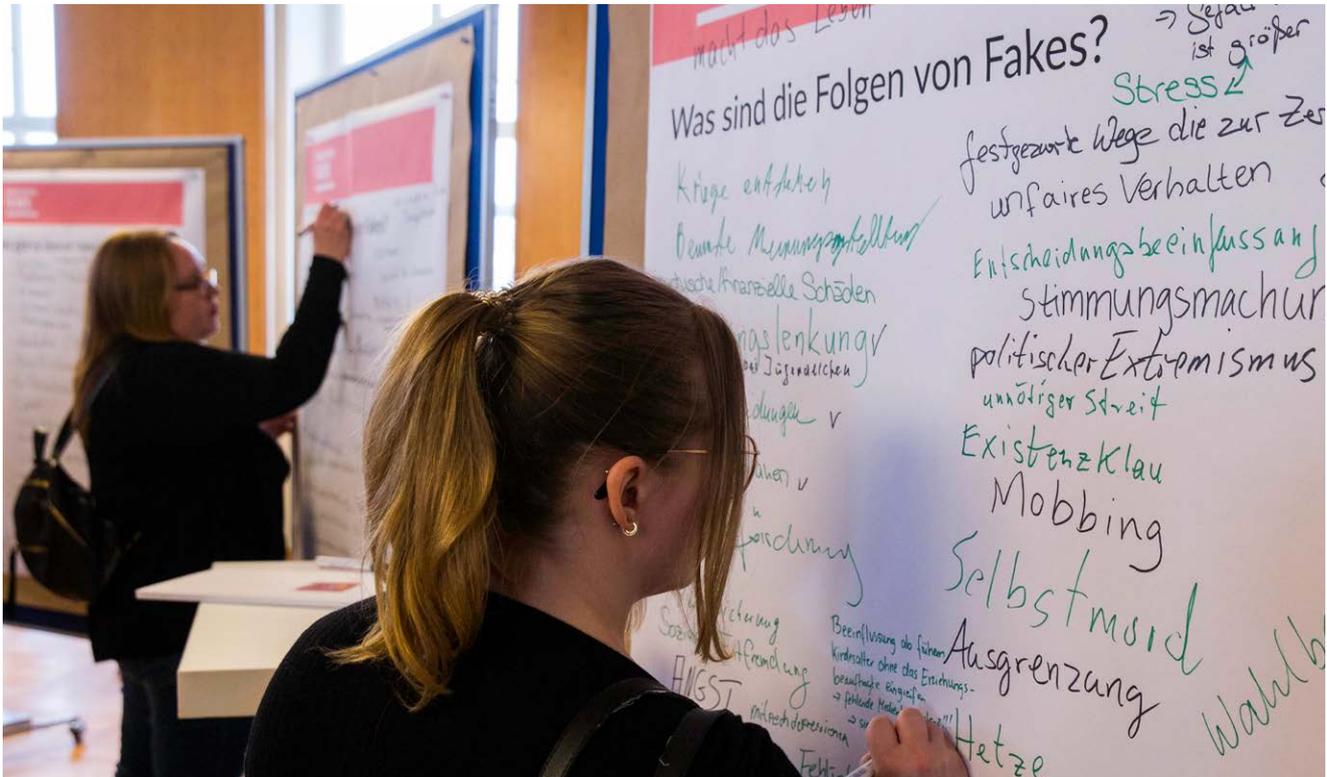
→ **Gezielte** Täuschungsabsicht

Zum Beispiel:

- **Manipuliert**
Deep Fakes, gefälschte Fotos, nachgemachte Websites
- **Aus dem Kontext gerissen**
verkürzte Zitate, fehlerhafte Statistiken
- **Frei erfunden**
Lügen, Gerüchte, tendenziöse Behauptungen

Quelle: www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/umgang-mit-desinformation/was-ist-desinformation-1875148

³ Der Bürgerrat hat diese Definition diskutiert und sich darauf als Grundlage für seine Arbeit verständigt.



empfehlungen an die Politik und weitere Adressaten entwickelt werden. Entsprechend war die direkte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern das Herzstück des Vorhabens.

„Forum gegen Fakes – Gemeinsam für eine starke Demokratie“ ist ein Projekt der Bertelsmann Stiftung. Die Stiftung kooperiert in dem Projekt mit dem Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI), der Stiftung Mercator und der Michael Otto Foundation for Sustainability. Das BMI ist Empfänger der Handlungsempfehlungen der Bürgerinnen und Bürger, die Stiftung Mercator und die Michael Otto Foundation for Sustainability unterstützen das Projekt finanziell. Zusätzlich wird das Projekt unterstützt durch das Nachrichtenportal t-online, die Initiative #UseTheNews, den Verein „Deutschland sicher im Netz“ e. V. und den Projektbeirat.

Der Projektbeirat sichert die Qualität der Umsetzung des Bürgerbeteiligungsprojekts. Der Beirat berät die Bertelsmann Stiftung in allen Belangen der Umsetzung. Er setzt sich zusammen aus der Bertelsmann Stiftung als Projektträger, dem BMI, den Stiftungen und den Unterstützern des Projekts. Er wird ergänzt durch externe wissenschaftliche Expertise von Universitäten sowie Expertinnen und Experten mit aktueller praktischer Erfahrung aus zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die Mitglieder des Beirats bringen ihre Expertise zur Bürgerbeteiligung, zum Thema Desinformation und zur Kommunikation ein und geben Empfehlungen über die Auswahl von Expertinnen und Experten zum Thema „Desinformation“, die im Bürgerrat zum Einsatz kommen. Das BMI war an der Auswahl der Expertinnen und Experten nicht beteiligt.

Die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation des Projekts „Forum gegen Fakes“ erfolgt durch die Universität Stuttgart.

Um sowohl eine große Menge an Menschen effektiv zu beteiligen als auch zu guten Ergebnissen zu kommen, wurden zwei Arten der Beteiligung



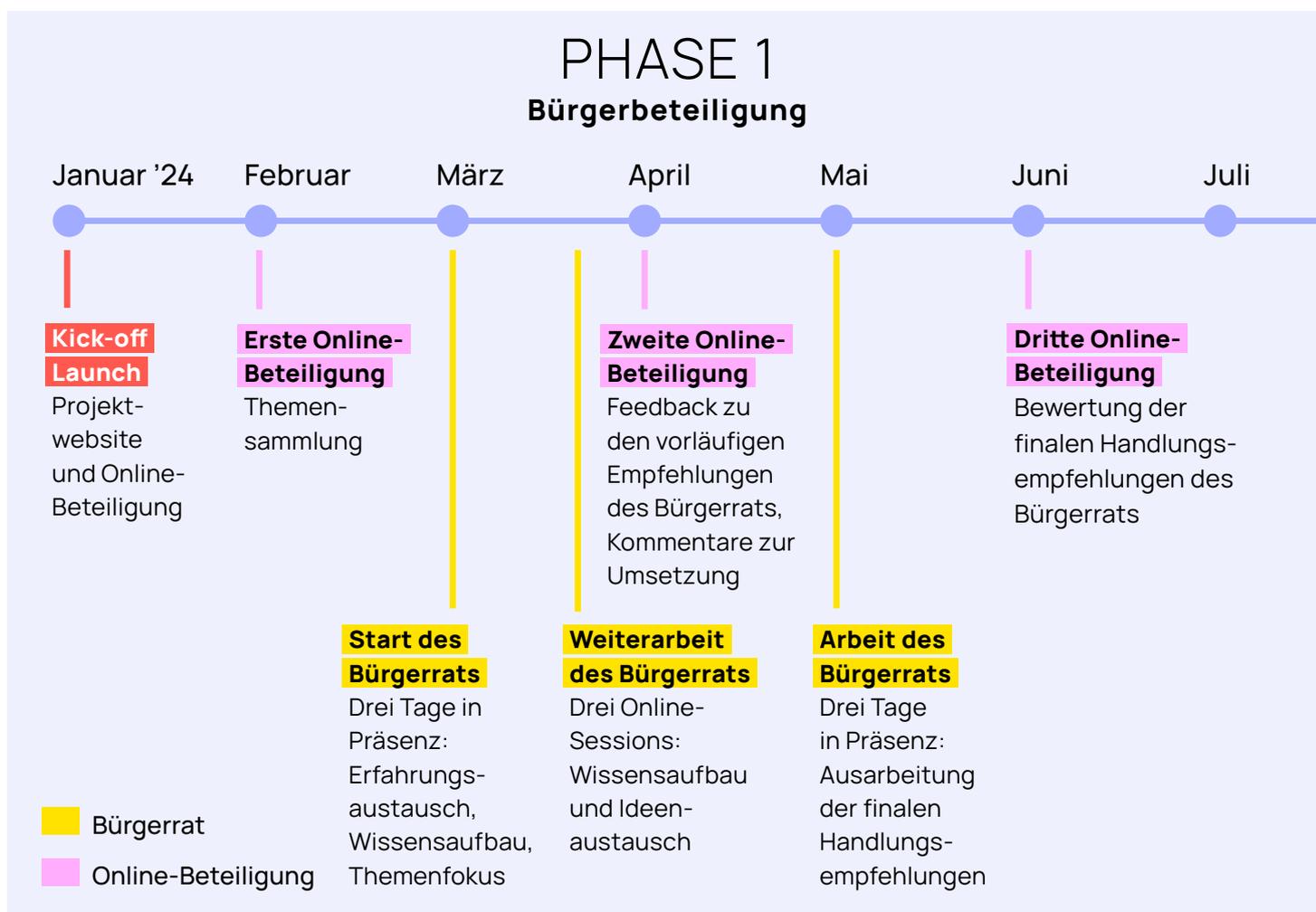
Weitere Informationen zu den Mitgliedern des Projektbeirats finden Sie auf unserer Website: forum-gegen-fakes.de/de/projektbeteiligte



miteinander kombiniert. Zum einen war die gesamte Bevölkerung gefragt: In drei breit angelegten Online-Beteiligungen konnte sich zwischen Januar und Juli 2024 ganz Deutschland einbringen. Es konnten Vorschläge und Einschätzungen zum Umgang mit Desinformation eingebracht werden, und es wurde über sie abgestimmt. Zum anderen diskutierte in einem Bürgerrat eine vielfältig zusammengesetzte Gruppe von über 120 Bürgerinnen und Bürgern an neun Tagen zwischen März und Mai die Ergebnisse der Online-Beteiligung, bekam Input von Expertinnen und Experten und vertiefte so die wichtigsten Aspekte. Der Beteiligungsansatz war für das Projekt grundlegend, da es den Umgang mit Desinformation als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe begreift und dazu beitragen möchte, unsere Demokratie inklusiver für alle zu machen.

Das zentrale Ergebnis sind 15 Politikempfehlungen mit 28 dazugehörigen konkreten Maßnahmen. Sie werden, zusammen mit den Ergebnissen aus der Online-Beteiligung und einer Beschreibung des Prozessablaufs, in dem vorliegenden Bürgergutachten dargestellt.

Die Empfehlungen richten sich nicht nur an Politik und Verwaltung, sondern auch an Medien, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Sie werden am 12. September 2024 im Rahmen einer Dialogveranstaltung im Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) an die Bundesinnenministerin übergeben. Das BMI nutzt die Ergebnisse u. a. für die Erarbeitung einer Strategie zum Umgang mit Desinformation. Alle gesellschaftlichen Akteure sind aufgerufen, Verantwortung zu übernehmen und mit den Empfehlungen Maßnahmen zu entwickeln, um Desinformation effizient zu begegnen.





PHASE 2

Bürgergutachten

August

Erarbeitung des Bürgergutachtens

Zusammenfassung der Ergebnisse des Bürgerrats und der Online-Beteiligung

PHASE 3

Follow-up und Wirkung

September '24

Dialogveranstaltung

Veröffentlichung und Übergabe des Bürgergutachtens an die Bundesinnenministerin, Diskussion mit Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

2025

Update-Veranstaltung

Stand der Umsetzung der Empfehlungen: Informationen des BMI an den Bürgerrat über Aktivitäten der Bundesregierung und anderer Akteure

Monitoring Empfehlungen

Weitertragen und Bekanntmachung der Ergebnisse, Monitoring der Prozesse zum Umgang mit den Empfehlungen

4 Die Handlungsempfehlungen des Bürgerrats „Forum gegen Fakes“

Im Folgenden werden die vom Bürgerrat am 26. Mai 2024 verabschiedeten Handlungsempfehlungen im Wortlaut vorgestellt. Die von den Bürgerinnen und Bürgern formulierten Empfehlungen basieren auf dem Austausch im Bürgerrat selbst, Ideen und Kommentaren der Online-Community und Input von Expertinnen und Experten sowie Feedback von Praktikerinnen und Praktikern aus Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft. Die Zustimmungswerte beziehen sich auf die finale Abstimmung der Bürgerinnen und Bürger des Bürgerrats, die ihre 15 Empfehlungen in ihrer finalen Sitzung verabschiedet haben.

Bildung und Sensibilisierung

Durchführung einer jährlich stattfindenden bundesweiten Aktionswoche zur Aktivierung der Bevölkerung gegen Desinformation

99 %
Zustimmung
des Bürgerrats

Ziel

Die Aktionswoche soll die gesamte Bevölkerung befähigen, Desinformation zu erkennen.

Maßnahme(n) und Adressaten

Wir empfehlen eine jährlich deutschlandweit stattfindende Aktionswoche unter der Schirmherrschaft von BMI und Verbraucherschutzzentrale, um die gesamte Bevölkerung zum Thema Desinformation aufzuklären. In jedem Bundesland sollen öffentlichkeitswirksame, spielerische Aktionen stattfinden, wie zum Beispiel Informationsstände zum Motto „Fakt oder Fake“, Fake-Quiz mit Glücksrad und Kleingewinnen, Konzerte unter dem Motto „geklaute Songs“, Sportveranstaltungen für jüngere Menschen, unterhaltsame Aktionen in Fußgängerzonen etc. Alle Aktionen regen dazu an, in den Dialog zu kommen und sich mit dem Thema Desinformation auseinanderzusetzen.

Die Aktionswoche wird aus drei Quellen finanziert: Bundesmittel, private Sponsoren, die ihre Unterstützung als Werbung nutzen können, und private Spenden.

Um auf die Aktionswoche aufmerksam zu machen, findet vor jeder Woche eine Sensibilisierungskampagne mit Maßnahmen statt, wie zum Beispiel der Verteilung von Flyern, TV- und Radiobeiträgen, Pressebeiträgen oder Hinweisen auf Informationsscreens im öffentlichen Raum und dem ÖPNV. Die Aktionswoche wird durch Pressekampagnen auf der Ebene von Bund, Ländern und Kommunen begleitet.

Begründung

Eine bundesweite Aktionswoche erregt maximale Aufmerksamkeit für das Thema und soll die Menschen zum kritischen Denken ermutigen. Es ist notwendig, uns alle zu stärken, Fakten von Fakes zu unterscheiden und unsere Demokratie zu schützen.

Ziel

Ziel dieser Empfehlung ist es, Medienkompetenz an so viele Erwachsene wie möglich zu vermitteln, um Desinformation vorzubeugen und sich im Alltag sicherer zu bewegen.

Maßnahme(n) und Adressaten

Im Folgenden sind die Maßnahmen nach verpflichtenden und freiwilligen Lehrangeboten unterteilt.

Verpflichtend:

- Ein Modul „Medienkompetenz“ für alle Ausbildungsberufe sollte verpflichtend an den Berufsschulen eingeführt werden.
- Vorlesungen „Medienkompetenz“ mit anschließender Prüfung sollten verpflichtend für alle Studiengänge im ersten Semester stattfinden.
- Elternabende sollten an Schulen das Thema „Medienkompetenz“ in kleinen Etappen vermitteln, so dass dieses schon im jungen Alter spielerisch weitergegeben werden kann, während auch die Eltern dazulernen.

Freiwilliges:

- Die Volkshochschulen und Weiterbildungsinstitute sollten (zertifizierte) Kurse zum Thema „Medienkompetenz“ anbieten, beispielsweise in Form eines Grundkurses und eines weiterführenden Kurses.
 - Der Grundkurs könnte eine Lehreinheit umfassen und für die Teilnehmenden kostenlos zugänglich sein. Der Grundkurs würde durch den Staat finanziert und vermittelt allgemeine Kenntnisse zur Medienkompetenz fürs Privatleben.
 - Der weiterführende Kurs könnte mehrere Unterrichtseinheiten umfassen und über mehrere Tage gehen. Die Teilnehmenden würden hierfür eine Gebühr zahlen und ein Zertifikat nach abschließender Prüfung erhalten. Ziel ist es, detaillierte Kenntnisse zur Medienkompetenz zu erhalten, die den Teilnehmenden gegebenenfalls im Berufsleben weiterhelfen.
- Auf Online-Plattformen sollten Kurse zum Thema „Medienkompetenz“ vertrieben werden (z. B. die Zertifikatskurse von Google (Google Career Certificates)).
- Zusätzlich könnten Workshops für Unternehmen, Institutionen, soziale Einrichtungen (z. B. Altenheime, Gemeindehäuser) als Weiterbildungsmaßnahmen angeboten werden.

Bund, Länder oder Stiftungen sollten für die oben genannten freiwilligen Angebote Marketingmaßnahmen unterstützen, die auf unterschiedlichen Plattformen platziert werden (z. B. TikTok, Instagram, Facebook, Printmedien, TV und Radio).

Es sollte einen direkten QR-Code/Link zur Website geben, wo man auch direkt Kurse für sich oder seine Firma buchen kann.

Träger und Ansprechpartner:

Hierbei könnte die Bundeszentrale für politische Bildung behilflich sein. Zudem könnten Bildungstiftungen sowie Medien- und Technologiestiftungen zur Förderung der digitalen Kompetenz angefragt werden. Die Maßnahmen für Ausbildungsberufe sollten in die Verantwortung der IHKs gegeben werden. Diverse soziale Einrichtungen, die Regierung und NGOs könnten finanziell behilflich sein und gegebenenfalls fachlich unterstützen.

Begründung

Erwachsene sind besonders schwer zu erreichen, da sie oft nicht mehr zur Schule gehen und ihre Meinungen gegebenenfalls verhärtet sind.

Um genau diese Bevölkerungsgruppe dennoch zu erreichen, können verpflichtende Maßnahmen dabei helfen, die Diskussionsbereitschaft zu erhöhen und gleichzeitig wichtige Kompetenzen zu vermitteln.

Die verpflichtenden Maßnahmen erreichen vor allem Berufsschülerinnen und -schüler sowie Studierende, vernachlässigen jedoch die Gruppe der älteren Erwachsenen, da diese sich nicht mehr im allgemeinen Bildungssystem befinden.

Die freiwilligen Maßnahmen, begleitet von einer Marketingkampagne, ermöglichen, auch diese Gruppe anzusprechen.

Grundlage der Demokratie ist eine informierte Bevölkerung. Entscheidungen der Bevölkerung ohne ausreichende Informationen könnten potentiell gefährlich sein.

Ziel

Lehrkräfte, Professorinnen und Professoren sowie Dozentinnen und Dozenten in Lehramtsstudiengängen müssen Desinformation erkennen, dafür sensibilisiert sein und den Umgang damit vermitteln können.

Maßnahme(n) und Adressaten

Wir empfehlen, bereits vorhandene Rahmenbedingungen und Lehrpläne zum Thema Medienkompetenz zwingend in die Praxis umzusetzen. Dazu ist erforderlich:

- Medienkompetenz muss als Pflichtmodul an Altersstufe, Lernniveau und den soziokulturellen Hintergründen angepasst (genauso wie Pädagogik) in alle Semester des Lehramtsstudiums aufgenommen werden und keine freiwillige Option sein.
- Es müssen alle Schülerinnen und Schüler in allen Schulformen ab dem dritten Schuljahr berücksichtigt werden.

Wir empfehlen regelmäßige Weiterbildung für Bestandslehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern:

- turnusmäßige Fortbildungen von Bestandslehrkräften / examinierten Lehrkräften zum Thema Desinformation z. B. im Rahmen von Weiterbildungstagen mit Expertinnen und Experten anbieten
- Ein neues eigenes Schulfach Medienkompetenz ab dem dritten Schuljahr einführen und bereits gegebene Bildungsempfehlungen aus Unterrichtsfächern herausnehmen, wo sie bereits integriert sind (bspw. Sachkunde, Geschichte)
 - Methodisch muss nicht nur Wissen, sondern auch Selbstverantwortung für einen kritischen Umgang mit Information und Desinformation vermittelt werden.

Adressaten:

- Landeskultusministerien (turnusmäßige Überprüfung)
- Lehrerverbände / Philologen-Verbände
- Bundeszentrale und Landeszentralen für politische Bildung
- Externe Weiterbildungsinstitute

Begründung

Aufgeklärte Menschen sind kritischer gegenüber Desinformation und weniger empfänglich für Parolen und Propaganda.

Ohne Kompetenz gibt es keine Kompetenzvermittlung. Ziel ist es, möglichst viele Kinder und Jugendliche (mit und ohne Lerneinschränkungen) Desinformation nahe zu bringen und Selbstverantwortung mit dem Umgang der Medien zu fördern.

Rechtliche Verankerung von Medienkompetenz in der Bildung

93 %
Zustimmung
des Bürgerrats

Ziel

Das Bildungsniveau der Bevölkerung im Umgang mit den Medien erhöhen und Menschen befähigen, Desinformation zu erkennen, dementsprechende Bildungsangebote schaffen und der breiten Gesellschaft zugänglich machen.

Maßnahme(n) und Adressaten

- Wir empfehlen die Entwicklung einheitlicher gesetzlicher Regelungen seitens des Bundes und der Länder und eine Einbringung in das Gesetzgebungsverfahren.
- Außerdem empfehlen wir ein Finanzierungsangebot des Bundes an die Kultusministerkonferenz der Länder mit der Zielsetzung einer einheitlichen Medienkompetenzbildung.

Unter anderem sollen die Anregungen aus den Empfehlungen zur Medienkompetenz und Öffentlichkeit und Medienkompetenz im Bildungssystem aus dem Bürgerrat einfließen.

Adressaten sind Bund, Länder und die Kultusministerkonferenz.

Begründung

Uns ist wichtig, die Meinungsfreiheit zu bewahren und gleichzeitig die Bevölkerung zu befähigen, im Umgang mit Medien Desinformation zu erkennen. Hierfür sollten einheitliche Grundlagen in der Wissensvermittlung geschaffen werden.

Ein Finanzierungsangebot des Bundes an die Länder wird empfohlen, um Anreize für die Umsetzung zu schaffen.

Ziel

Das Ziel ist die Sensibilisierung der breiten Bevölkerung für Desinformation.

Das Quiz soll dazu beitragen, dass die Menschen Gesehenes und Gehörtes auf Richtigkeit überprüfen und aufmerksamer hinterfragen. Die Menschen sollen dadurch ihre kritische Denkfähigkeit stärken und besser gegen Desinformation geschützt sein.

Maßnahme(n) und Adressaten

Wir empfehlen ein Fake-News-Quiz, um spielerisch und einfach die Bevölkerung für das Thema Desinformation zu sensibilisieren.

Eine staatsunabhängige Organisation (zum Beispiel Non-Profit-Organisation oder Stiftung) sollte eine Kampagne ab Anfang 2025 umsetzen, die News in Form eines Quiz in Text und Bild präsentiert. Die Menschen werden durch das Quiz aufgefordert zu erkennen, ob es sich beim Gezeigten um Desinformation handelt (falsch) oder nicht (wahr).

Die Kampagne wird digital (über Social Media, TV, im öffentlichen Nahverkehr) sowie analog (zum Beispiel in Zeitungen, Zeitschriften, auf Plakaten) durchgeführt.

Als digitales Beispiel dient ein Quiz auf den Bildschirmen des ÖPNVs.

Als Erstes soll die Überschrift „Fake-News-Quiz“ auf dem Bildschirm erscheinen. Danach erscheint die Quizfrage in Text- oder Bildform mit der Frage „wahr oder falsch?“. Nach fünf Sekunden Bedenkzeit wird die Auflösung mit einer Aufklärung angezeigt.

Als analoges Beispiel dient ein Quiz auf den Rätselseiten in Printmedien. Unter der Überschrift „Fake-News-Quiz“ wird die Quiz-Aussage oder ein Foto abgedruckt, ebenfalls mit der Frage „wahr oder falsch?“. Die Lösung sowie eine kurze Aufklärung befinden sich auf derselben Seite kopfüber.

Die Gestaltung sollte unbedingt zielgruppenspezifisch sein. Je nach Medium sollten die Aussagen bzw. Bilder wöchentlich angepasst werden, damit es nicht langweilig wird.

Begründung

Das Quiz ist für die Sensibilisierung für Desinformation gut geeignet, da es auf interaktive und spielerische Art und Weise Menschen zum kritischen Denken anregt. Zudem ist es für die immer kürzer werdende Aufmerksamkeitsspanne der Menschen ideal.

Desinformationsranking zu Aussagen von politischen Akteurinnen und Akteuren

87%
Zustimmung
des Bürgerrats

Ziel

Ziel ist die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für den Wahrheitsgehalt politischer Aussagen sowie die Stärkung der intrinsischen Motivation politischer Akteurinnen und Akteure, auf Desinformation zu verzichten.

Maßnahme(n) und Adressaten

Wir empfehlen, ein Desinformationsranking von Aussagen politischer Akteurinnen und Akteure während des Zeitraums des Wahlkampfes einzuführen.

Das Ranking soll von einem gemeinwohlorientierten, unabhängigen Medienhaus/Kollektiv (beispielsweise Correctiv) aus kontinuierlich gesammelten Daten erstellt werden. Dieses Ranking wird rechtzeitig (2 Wochen) vor den stattfindenden Wahlen medienübergreifend veröffentlicht. Im Ranking sollen öffentliche politische Aussagen ausgewertet werden. Diese Öffentlichkeit umfasst insbesondere Äußerungen in den Parlamenten, Print- und Sozialen Medien sowie TV und Radio.

Das Ranking sollte von Stiftungen, Unternehmen, Organisationen (bspw. „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“) und durch private Spenden finanziert werden.

Begründung

Insbesondere während Wahlkampfphasen zeigt sich der Trend, dass ausgehend von politischen Akteurinnen und Akteuren bewusst Desinformation verbreitet wird. Diese werden viel zu häufig von der Öffentlichkeit kritiklos aufgenommen und beeinflussen folglich deren politische Meinung, wodurch die Demokratie geschwächt wird. Durch die oben genannten Maßnahmen soll dem entgegengewirkt und ein demokratischer Prozess ermöglicht und gestärkt werden, der nicht von Desinformation beeinflusst ist.

Medienpraxis und Journalismus

Gütesiegel für qualitativen Journalismus

96 %
Zustimmung
des Bürgerrats

Ziel

Wir wollen durch ein freiwilliges Siegel für qualitativen Journalismus das Vertrauen in die Medien stärken. Ebenso erhoffen wir uns eine Qualitätssteigerung bzw. Qualitätssicherung von Journalismus und das Entstehen gegen Desinformation. Die Kriterien des Siegels sind transparent einsehbar und nachvollziehbar.

Maßnahme(n) und Adressaten

Durch eine unabhängige Stelle werden die Kriterien entwickelt und das Siegel vergeben, mit einer Gültigkeitsdauer von einem Jahr. Die Kriterien werden bei Bedarf aktualisiert. Es wird jährlich überprüft, ob sich Medienhäuser daran halten. Das Siegel kann bei groben Verstößen aberkannt werden. Die Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, bei der Anlaufstelle (siehe Empfehlung „Schaffung einer zentralen Stelle zu Desinformation“) Verstöße zu melden.

Kriterien des Siegels sind beispielweise: Internes Fact-Checking, Schwere und Anzahl der Rügen des Presserats beziehungsweise bekanntes Verbreiten von Desinformation, Umgang mit Quellen, Aufarbeitung von Desinformation und weitere.

Das Medienhaus dokumentiert anhand des Siegels seinen Qualitätsanspruch, was ihm auch einen Wettbewerbsvorteil bei Leserinnen und Lesern sowie Werbekundinnen und -kunden verschaffen kann. Der Wettbewerb unter den Medienhäusern wird, bezogen auf qualitativen Journalismus, gesteigert. Der Aufwand für die Medienhäuser (sowohl zeitlich als auch finanziell) sollte geringer als der Nutzen sein.

Adressaten:

- Verlage & Medienhäuser
- Unabhängige Stelle, die die Kriterien entwickelt und das Siegel vergibt

Begründung

Durch das Siegel wird Vertrauen in der Leserschaft gestärkt sowie Verlässlichkeit und Transparenz vermittelt. Desinformation stellt eine Gefahr dar. Durch das Siegel wird ermöglicht, dass sich alle Menschen aktiv und so einfach wie möglich für qualitativen Journalismus entscheiden können. Das Siegel sorgt dafür, dass die Medienhäuser eine zusätzliche Motivation haben, sich an Qualitätskriterien zu halten. Das Siegel bietet im Medienbereich eine wichtige Orientierung, um dem Schaden, den Desinformation anrichten kann, vorzubeugen. So wird ein neues Qualitätsbewusstsein für Journalismus geschaffen.

Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger durch Transparenz über Medien und Rückverfolgbarkeit von Quellen fördern

90 %
Zustimmung
des Bürgerrats

Ziel

Die Bürgerinnen und Bürger sollen bei der Meinungsbildung unterstützt werden. Dies soll durch Transparenz über die Verbreitung von Informationen und deren Quellen geschehen und den Bürgerinnen und Bürgern helfen, Desinformation zu erkennen.

Maßnahme(n) und Adressaten

Zu jedem veröffentlichten Inhalt sollten zusätzliche Informationen (Metainformationen) bereitgestellt werden. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Informationen zu Quellen sowie Veröffentlichenden und Veröffentlichen. Die Quelleninformationen und die Zertifizierung der Veröffentlichenden und des Veröffentlichen sollen über einen digitalen Fingerabdruck zugänglich sein, so dass die Nutzerinnen und Nutzer bei Interesse eine persönliche Prüfung vornehmen können. Bei der Veröffentlichung soll es möglich sein, den digitalen Fingerabdruck und in einem standardisierten Bereich Quellen anzugeben. Die Mindestanforderung sollte sein, dass der digitale Fingerabdruck und der Quellenbereich EU-weit standardisiert sind. Die Anwendungsmöglichkeit und Standardisierung sind gesetzlich festzulegen. Die Bundesrepublik Deutschland / das BMI sollte eine entsprechende Gesetzesinitiative starten. Die Angabe der Informationen bleibt jedoch freiwillig. Trotzdem erhoffen wir uns einen Qualitätsdruck.

Im Folgenden werden die Quelleninformationen und die Zertifizierung erläutert.

- Generell soll für gepostete Informationen ein standardisierter digitaler Bereich für Metainformationen (zur Angabe von Quellen, Quellenbaum) eingeführt werden, der freiwillig befüllt und durch die Nutzerinnen und Nutzer jederzeit eingesehen werden kann. Er identifiziert eindeutig die Veröffentlichende / den Veröffentlichen. Der Quellenbereich sollte in jedem Fall sichtbar sein, auch wenn er nicht gefüllt wird.
- Zusätzlich soll ein fälschungssicherer Fingerabdruck (qualifizierte digitale Signatur eIDAS2.0) bei veröffentlichten Inhalten eingefügt werden können, um die Verfasserinnen und Verfasser eindeutig verifizieren zu können. Hinter dem digitalen Fingerabdruck sollten bestimmte Informationen stehen: z. B. Zertifikate der Veröffentlichenden / des Veröffentlichen, die Quellen und zusätzliche z. B. durch den AI Act geforderte Informationen. Alle digitalen Fingerabdrücke sollen möglichst löschticher gespeichert werden.
- Jede Medienform kann den Fingerabdruck mit sich tragen (bei Druck mit QR-Code, DAB-Radio über Datenstream, Fernsehen im Teletext ...).
- Speziell für Journalistinnen und Journalisten / Presse empfehlen wir die Erweiterung des Pressdekretes um die Verpflichtung, den entsprechenden Quellenbereich zu füllen.
- Quellenschutz: Die Veröffentlichende / der Veröffentlichen hat die Möglichkeit, seine Quelle zu schützen. Sie / er bürgt dann selbst für die Richtigkeit („Wurzel des Quellenbaumes“).

Medien qualifizieren

- Die Person/Organisation/Verbreiterinnen und Verbreiter hinter der Information können sich zertifizieren lassen, z. B. über unabhängige Prüfungen (ISO, vgl. Reporter ohne Grenzen, Verweis auf Empfehlung der Gruppe Journalismus).

- Die Qualifizierung darf in keiner Weise staatlich gelenkt sein.

Kennzeichnung KI-generierter Inhalte

- Durch KI eigenständig generierte Inhalte wie Videos und Audios, aber auch generierte Bildinhalte und Texte sind immer als über dem Schwellenwert einer Kennzeichnungspflicht anzusehen (siehe EU AI Act).
- Wenn es um kritische Anwendungen geht, gilt nach dem AI Act automatisch eine höhere Transparenzpflicht. Auf die geforderten Informationen kann im digitalen Fingerabdruck verwiesen werden.
- Der Quellenbaum ermöglicht so zu kennzeichnen, wenn generative KI genutzt wurde.

Begründung

Die Bürgerinnen und Bürger müssen mündig entscheiden können, welche Medien sie als vertrauenswürdig einstufen, um Desinformation die Wirkung zu nehmen. Hierbei wollen wir die Bürgerinnen und Bürger maximal mit Informationen unterstützen. Dies soll frei von staatlicher Einflussnahme geschehen, um die (politische) Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger nicht zu beeinflussen.

Es ist einfacher, ein Medium zu qualifizieren, als eine Information. Wenn die Herausgeberin / der Herausgeber hinter einer Information genannt wird, kann die Integrität/Glaubwürdigkeit besser eingeschätzt werden.



Bereitstellung von Material zum Themenbereich Desinformation für Medienhäuser

90 %
Zustimmung
des Bürgerrats

Ziel

Ziel ist, das Thema Desinformation in den Medien stärker zu platzieren. So soll mehr Bewusstsein für das Thema bei der Bevölkerung hergestellt werden und eine gesellschaftliche Sensibilisierung für den Schaden, der durch Desinformation verursacht werden kann, geschaffen werden. Zudem sollen durch die Platzierung des Themas bei den Medien die negativen Auswirkungen von Desinformation möglichst gering gehalten werden.

Maßnahme(n) und Adressaten

Es wird eine Stabsstelle Desinformation in der Pressestelle des BMI eingerichtet, die den BMI-Pressverteiler nutzt, um alle Medienschaffenden regelmäßig zum Thema Desinformation zu versorgen und kontinuierlich Themenangebote zu liefern. Die Medienhäuser bekommen die aktuellen Hintergrundinformationen gut aufbereitet präsentiert. Die Informationen werden auch auf der Website der Stabsstelle veröffentlicht. Potenziell könnte diese Stabsstelle auch bei der Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger (siehe Empfehlung „Schaffung einer zentralen Stelle zu Desinformation“) angesiedelt sein.

Materialien, die verschickt werden, sind beispielsweise:

- Definition: Was ist Desinformation?
- Was ist gerade an Desinformationskampagnen im Umlauf?
- Was sind mögliche Konsequenzen daraus?

Adressaten:

- BMI
- Alle Medienschaffenden

Begründung

Wir halten Desinformation für eine reale Gefahr für unsere Demokratie. Das Bewusstsein dafür sollte in der Bevölkerung gestärkt werden, und wir halten die Medienhäuser für gute Kanäle. Durch diese Maßnahme soll der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden.

Soziale Netzwerke

Entwicklung und Verbreitung von leichtverständlichen Leitlinien zum Umgang mit Desinformation

89 %
Zustimmung
des Bürgerrats

Ziel

Es sollen Leitlinien entwickelt und veröffentlicht werden, die verständlich und unkompliziert als erste Hilfestellung für den Umgang mit Desinformation dienen.

Maßnahme(n) und Adressaten

Wir empfehlen die Entwicklung von Leitlinien, die Bürgerinnen und Bürgern eine Hilfestellung geben sollen, wie sie Desinformation erkennen (Aufklärung) und damit umgehen sollen (Verhaltensempfehlung). Darüber hinaus sollen sie eine erste Orientierung geben, wie man auch mit Menschen im eigenen Umfeld umgeht, die von Manipulation betroffen sind.

Bei der Erstellung der Leitlinien sollten verschiedene Perspektiven und Institutionen einbezogen werden. Fachleute / Expertinnen und Experten erstellen einen Entwurf und dieser wird durch Bürgerinnen und Bürger sowie die Zivilgesellschaft evaluiert und überarbeitet.

Das BMI soll den Prozess in Auftrag geben.

Die Leitlinien sollen:

- möglichst einfach, verständlich und zugänglich für alle Menschen sein,
- in kompakter Form (max. eine Seite) – ggf. grafisch ansprechend – dargestellt werden,
- kostenfrei allen zur Verfügung stehen,
- positiv und motivierend formuliert sein,
- so allgemein gehalten werden, dass sie auf möglichst alle Medien anwendbar sind,
- dazu motivieren, sich mit der Thematik zu beschäftigen, und einen kompetenten Umgang mit Nachrichten fördern,
- schnelle Handlungsmöglichkeiten aufzeigen
- und fortlaufend weiterentwickelt und aktualisiert werden.

Die Leitlinien sollen im Zusammenhang mit den anderen Maßnahmen des Bürgerrats stehen.

Wir fordern eine gesetzliche Verankerung gerichtet an Plattform-Betreiber, die Leitlinien sichtbar bei jeder Nutzung anzuzeigen. Die gesetzliche Regelung soll auch alle weiteren Medienformen einbeziehen.

Begründung

Es ist sehr wichtig, die Bürgerinnen und Bürger auf unkompliziertem Wege für das Thema Desinformation zu sensibilisieren. Dies soll die Selbstverantwortung im Umgang mit Medien nachhaltig stärken und somit der gesellschaftlichen Spaltung vorbeugen und die Demokratie schützen.

Verpflichtung der Social-Media-Plattformen zur effektiven Bekämpfung von Desinformation

88 %
Zustimmung
des Bürgerrats

Ziel

Eindämmung der Verbreitung von Desinformation über Social-Media-Plattformen

Maßnahme(n) und Adressaten

Rechtliche Rahmenbedingungen (EU)

- Der Digital Service Act (DSA) soll um ein Gesetz ergänzt werden, das die Plattformen verpflichtet, jährliche Audits (angelehnt an Bankenaudits, die von der EZB durchgeführt werden) bzw. Reports von unabhängigen Dritten durchführen zu lassen. Sobald das Gesetz in Kraft tritt, sollen die Audits unverzüglich umgesetzt werden. Die Teams zur Durchführung der Audits sollten interdisziplinär aufgestellt sein. Ziel der Audits ist die Prüfung, ob Desinformation auf den Plattformen wirksam bekämpft wird. Die Auswertung der Audits erfolgt durch die EU-Digitalkommissarin und die zuständige Stelle im jeweiligen Land (Bundesnetzagentur und BSI in Deutschland). Bei Nicht-Erfüllung sollen die Plattformen empfindlich sanktioniert werden.
- Die Ergebnisse und Ziele, die von den Plattformen bezüglich der Bekämpfung von Desinformation erreicht werden müssen, müssen weiter geschärft werden, damit die Umsetzung der Gesetze und der Sanktionierungen durch die EU (konkrete Ansprechstelle: Digitalkommissarin bzw. -kommissar?) konsequent sichergestellt ist.
- Große Plattformen (VLOPs) werden gesetzlich verpflichtet, eine Abgabenquote bzw. ein Budget in Höhe von 1 % des weltweiten Jahresumsatzes vorzuhalten, das verwendet wird, um Desinformation entgegenzuwirken. Sie müssen mit 50 % dieses Budgets dafür sorgen, dass jeder Nutzerin / jedem Nutzer einmal pro Monat ein Beitrag zur Aufklärung über Desinformation vorgespielt wird, der wie eine Werbeschaltung mit Timer funktioniert. (Der Beitrag muss für eine gewisse Zeit angeschaut werden und kann dann erst weggeklickt werden.) Die anderen 50 % des Budgets gehen an die unabhängige Stelle zur Finanzierung von Kampagnen gegen Desinformation (siehe Empfehlung „Schaffung einer zentralen Stelle zu Desinformation“).

Algorithmen

- Es müssen gesetzliche Mindestanforderungen formuliert werden, die Plattformen dazu verpflichten, ihre Algorithmen so zu programmieren, dass mögliche Desinformation nicht verbreitet und den Nutzerinnen / Nutzern nicht vorgeschlagen wird. Zudem müssen Plattformen dafür sorgen, dass keine „Filterblasen“ entstehen („Vielfältigkeitsklausel“).
- Die Plattformen sollen gesetzlich dazu verpflichtet werden, ihre Algorithmenstrukturen öffentlich zugänglich zu machen. Alle Bürgerinnen und Bürger können diese einsehen und kommentieren. Das Urheberrecht bleibt davon unberührt.

Transparenzanforderungen

- Die Plattformen sollen dazu verpflichtet werden, Beiträge, die Desinformation enthalten (können), zu kennzeichnen (s. Nutzungsbedingungen und Empfehlung „Entwicklung von Technologien zur Kennzeichnung von Desinformation“).

Nutzerinnen / Nutzer

- Im DSA sollte die Definition von Desinformation ergänzt werden.
- Plattformen müssen ihre Nutzungsbedingungen verbindlich anpassen: Dort soll die Definition von Desinformation wie im DSA aufgenommen werden und alle Nutzerinnen und Nutzer dazu verpflichtet werden, keine Desinformation zu verbreiten. Bei Verstoß gegen diese Verpflichtung werden die Nutzerinnen bzw. Nutzer sanktioniert: z. B. Sperrung von Nutzerinnen und Nutzern, die Desinformation teilen.
- Pseudonymisiertes Posten auf Plattformen sollte weiterhin möglich sein, aber bei der Anmeldung auf einer Plattform müssen Klarnamen erfasst werden (? ggf. nicht realisierbar). Die DSGVO bleibt davon unberührt.

Begründung

Social-Media-Plattformen tragen elementar zur Verbreitung von Desinformation bei und sind daher verantwortlich dafür, diese einzudämmen. So werden die Bürgerinnen / Bürger und die Demokratie besser geschützt.



Bewusstes Posten zur Vermeidung der Verbreitung von Desinformation

77%
Zustimmung
des Bürgerrats

Ziel

Ziel ist es, aktives Handlungsbewusstsein beim Posten zu stärken, sowie die Minimierung der Entstehung und Verbreitung von Desinformation.

Maßnahme(n) und Adressaten

Vor dem Posten soll es eine angemessene Bedenkzeit (2–5 Minuten) für alle Inhalte auf Social-Media-Plattformen geben. Innerhalb dieser Bedenkzeit überprüft eine KI den Inhalt auf mögliche Desinformation, beispielsweise im Hinblick auf Schlagwörter, welche auf sensible Themen (wie beispielsweise Wahlbeeinflussung, Migration) hinweisen. Der Katalog an problematischen Schlagwörtern ist stetig von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Plattformen zu aktualisieren.

Wenn der Inhalt unbedenklich ist, wird er nach der Bedenkzeit veröffentlicht. Besteht ein Verdacht auf Desinformation, soll ein Warnhinweis erscheinen, welcher darauf aufmerksam macht, dass der Inhalt nicht unbedenklich ist. Entscheidet sich die Verfasserin / der Verfasser, trotzdem zu posten, wird der Inhalt zurückgehalten und durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Plattform final geprüft. Bei einer Einstufung des Beitrags als Desinformation wird der Post nicht veröffentlicht. Um die Objektivität der regelmäßig geschulten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewährleisten, sind Qualitätsstandards bei der Überprüfung einzuhalten, wie es beispielsweise bei YouTube bereits erfolgreich umgesetzt wird.

Alle Social-Media-Plattformen müssen gesetzlich dazu verpflichtet werden, eine Bedenkzeit mit den genannten Schritten einzuführen. Die konkrete Einführung und Umsetzung der Schritte obliegt den Unternehmen (zum Beispiel durch die Aktualisierung der Nutzungsbedingungen).

Die gesamte Empfehlung ist auf deutscher und EU-Ebene zu erlassen.

Begründung

Es ist wichtig, dass die Nutzerinnen und Nutzer sich die Zeit für eine Auseinandersetzung mit dem eigenen Post nehmen. So kann ein bewussteres Nutzungsverhalten etabliert werden.

Der Warnhinweis und das konstruktive Feedback der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter regen die Verfasserin / den Verfasser an, das Geschriebene zu überdenken.

Social Media ist ein globales Phänomen, daher ist ein länderübergreifender Ansatz wichtig. Die Plattformen werden sich nicht freiwillig selbst reglementieren, aus diesem Grund benötigt es eine gesetzliche Regelung.

Allgemein gibt es noch zu wenig gesetzliche Regelungen im Bereich Social Media, um negative Auswirkungen, wie die Verbreitung von Desinformation, einzudämmen.

Es soll keine Beschränkung der Meinungsfreiheit erfolgen, vielmehr handelt es sich um ein Hilfsmittel, um schädliche Desinformation zu vermeiden und damit die Demokratie zu schützen.

Künstliche Intelligenz

Entwicklung von Technologien zur Kennzeichnung von Desinformation

95 %
Zustimmung
des Bürgerrats

Ziel

Durch Kennzeichnungen sollen Bürgerinnen und Bürger Desinformation besser und schneller erkennen können.

Maßnahme(n) und Adressaten

Wir empfehlen die verstärkte Entwicklung von KI-Technologien zur Kennzeichnung von Desinformation. Dafür sollen existierende Initiativen gefördert und die Entstehung neuer Projekte finanziert werden. Diese Projekte sollen zentral koordiniert werden.

Dieses Vorhaben soll vom Ministerium finanziell gefördert werden, aber dennoch unabhängig und unparteiisch sein. Dadurch soll die Meinungsfreiheit nicht beschränkt werden.

Desinformation soll verpflichtend gekennzeichnet werden. Außerdem soll auf eine transparente, leicht nachvollziehbare Begründung verlinkt werden (Website siehe Empfehlung „Schaffung einer zentralen Stelle zu Desinformation“).

Die Kennzeichnungen sollen barrierefrei und nutzerfreundlich sein (z. B. in Form eines Ampelsystems, Prozentangaben o. Ä.).

Es soll ein Anreiz geschaffen werden, damit Plattformen KI benutzen, die Desinformation kennzeichnen. Die KI soll transparent entwickelt und angewendet werden (mit Hilfe offener Quellcodes und Trainingsdaten zur Einsicht und Änderung nach Überprüfung).

Bei der Erkennung und Kennzeichnung von Desinformation soll das Datenschutzgesetz nicht eingeschränkt werden.

Die Adressaten dieser Empfehlung sind: das BMI, Initiativen und Projekte, Plattformbetreibende und die Prüfstelle (siehe Empfehlung „Schaffung einer zentralen Stelle zu Desinformation“).

Begründung

Damit alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, in der zunehmenden Flut von Informationen schnell Desinformation zu erkennen, sollen unterstützende Technologien zur Verfügung gestellt werden.

Durch einen offenen Quellcode soll Vertrauen in das Tool zur Erkennung von Desinformation geschaffen werden.

Einfluss fremder Staaten

Schaffung einer zentralen Stelle zu Desinformation

92%Zustimmung
des Bürgerrats

Ziel

Die Gesellschaft soll schnell, effizient und unbürokratisch vor der gezielten Verbreitung falscher Informationen geschützt werden. Dafür braucht es eine parteiunabhängige, zentrale Stelle zur Meldung, Prüfung und Richtigstellung von Desinformation sowie zur Aufklärung.

Maßnahme(n) und Adressaten

Wir empfehlen die Einrichtung einer zentralen Stelle zu Desinformation. Dabei sollte es sich um eine parteiunabhängige Behörde handeln, die mit einer neutralen Kommission aus Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Bereichen zusammenarbeitet. Die Stelle könnte in der gemeinsamen Geschäftsstelle der unabhängigen Medienanstalten angesiedelt sein. Die Institution darf nicht zur Überwachung ausgenutzt werden.

Die Stelle soll folgende Tätigkeiten ausüben:

- Anlaufstelle für Bürgerinnen / Bürger & Journalistinnen / Journalisten zur Meldung und Beratung zu Desinformation sein. Die Stelle soll sowohl über eine Website als auch telefonisch erreichbar sein. Die Verbraucherzentralen könnten als physische Anlaufstellen für die Öffentlichkeit direkt eingebunden werden und vor Ort entsprechende Angebote anbieten.
- Einrichtung einer Website zur Überprüfung von gemeldeter Desinformation. Dabei sollten vergleichbare, bestehende Angebote mit eingebunden werden. Die Veröffentlichung von Richtigstellungen sollte auf allen Kanälen zeitnah erfolgen, insbesondere am Erscheinungsort.
- Erstellung von Berichten, Analysen und Statistiken zum aktuellen Stand der Forschung und Fällen von Desinformation (u. a. zu Einflussnahmen durch Desinformation durch ausländische Staaten („FIMI“)) zur Information von Politikerinnen und Politikern, Bürgerinnen und Bürgern und Wissenschaft. Die Berichte sollten speziell auf den deutschen Kontext eingehen. Ein Bericht zu Desinformation sollte mindestens einmal pro Jahr veröffentlicht werden.
- Präventionsarbeit und proaktives Vorgehen gegen Verbreitung von Desinformation (z. B. Entwicklung und Umsetzung von Aufklärungskampagnen, Bildungsangeboten, Informationsveranstaltungen in Gemeindezentren, der Pflege von Profilen auf unterschiedlichen Social-Media-Kanälen mit Informationsposts).
- Koordination verschiedener Arbeitsgruppen und staatlicher Behörden.

Die Stelle muss für die Ausübung der Tätigkeiten mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet sein.

Begründung

Desinformation übt einen immer stärkeren Einfluss auf viele Bereiche des Lebens aus und wird eine zunehmende Gefahr für die Demokratie. Bisherige Angebote zu Desinformation sind nicht niedrigschwellig und sichtbar genug. Eine zentrale Stelle bündelt die Kompetenzen der bestehenden Institutionen zum Thema und dient als sichtbare Anlaufstelle für die breite Öffentlichkeit.

Prüfung einer strafrechtlichen Verfolgung und/oder Sanktionierung der Verbreitung von Desinformation

91%
Zustimmung
des Bürgerrats

Ziel

Die Verhinderung der Erstellung und Verbreitung von Desinformation durch Strafverfolgung und/oder Sanktionierung.

Maßnahme(n) und Adressaten

Die Bundesregierung möge prüfen, ob auf Grundlage der Definition von Desinformation eine strafrechtliche Verfolgung oder anderweitige Sanktionierung möglich ist.

Desinformation wird definiert als „gezielte Falschinformation, die verbreitet wird, um Menschen zu manipulieren. Ziel ist es, öffentliche Debatten zu beeinflussen, die Gesellschaft zu spalten sowie den Zusammenhalt und die Demokratie zu schwächen“. Dabei ist besonders der Schutzbereich der Meinungsfreiheit nach Artikel 5 des Grundgesetzes zu beachten. Internationale, europäische und nationale Belange sind in die Prüfung mit einzubeziehen.

Adressat der Empfehlung ist die Bundesregierung.

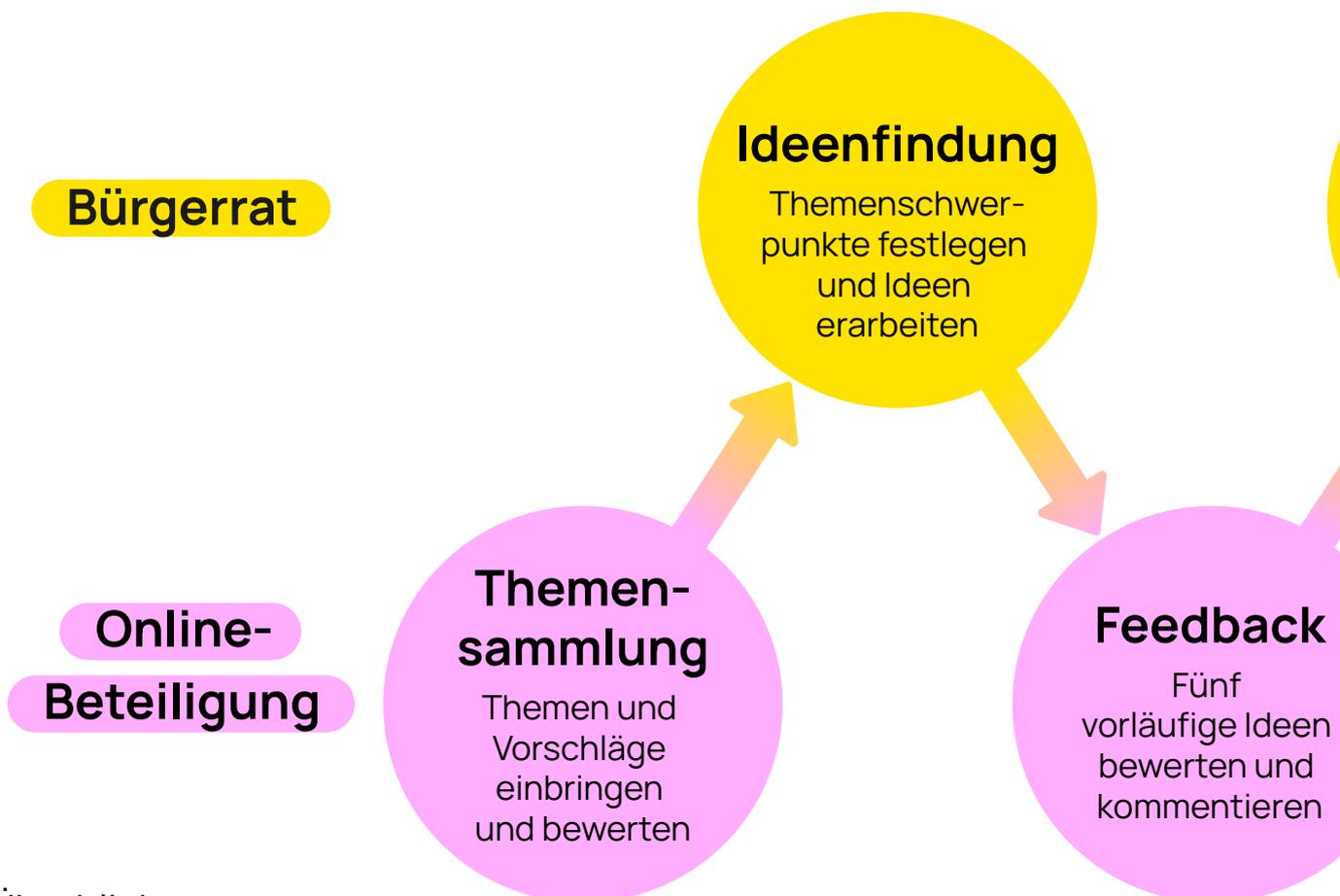
Begründung

Uns ist wichtig, dass die Meinungsfreiheit gewahrt wird. Trotzdem soll vor der Erstellung und Verbreitung von Desinformation abgeschreckt und das Unrechtsbewusstsein der Täterinnen und Täter erhöht werden. Damit soll gesellschaftlichem, persönlichem und wirtschaftlichem Schaden vorgebeugt werden.



5 Prozess und Ergebnisse – Die Kombination von Online-Beteiligung

„Forum gegen Fakes“ – Wie Online-Beteiligung und Bürgerrat miteinander kombiniert werden

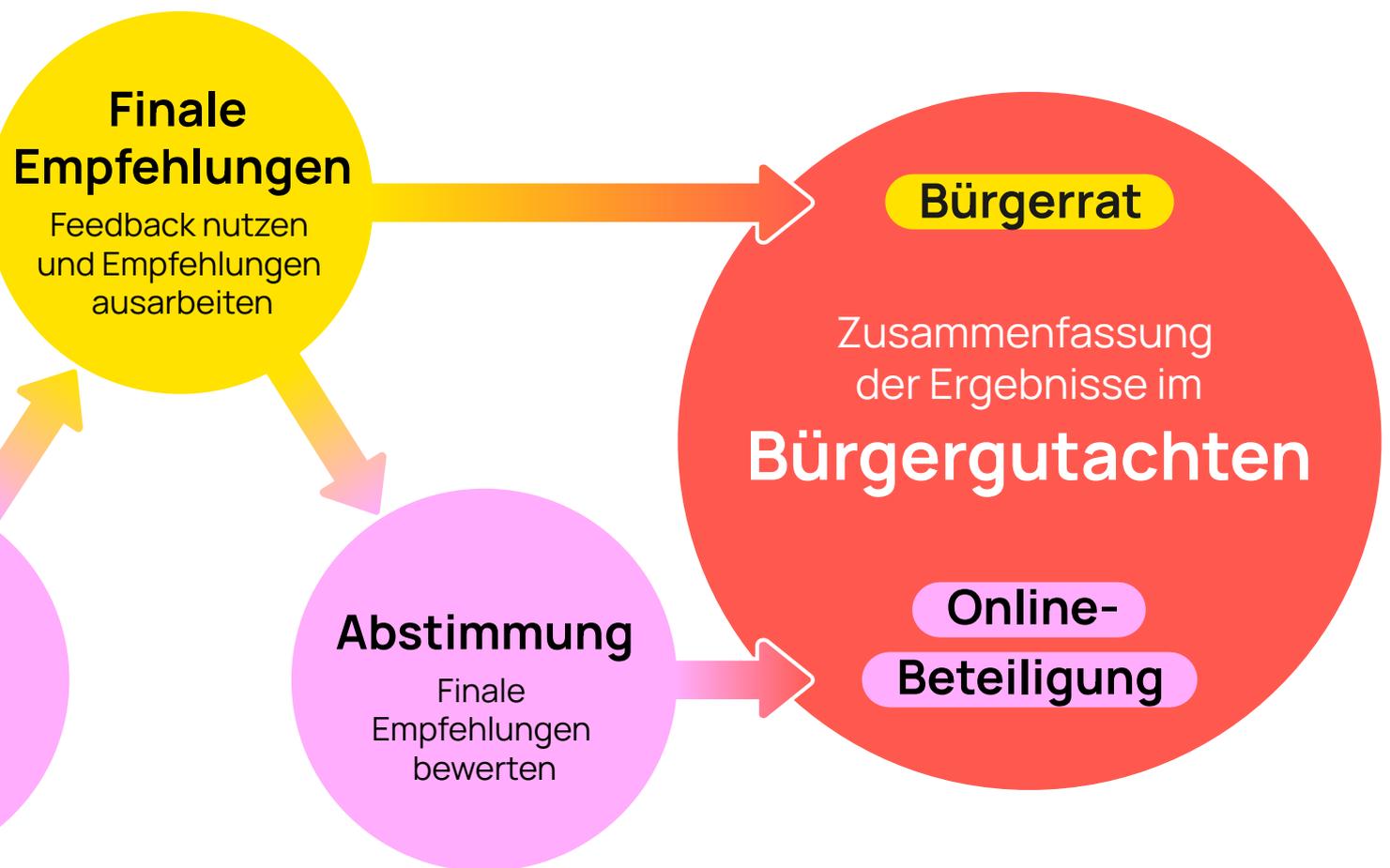


5.1 Überblick

Um so viele Menschen wie möglich zu beteiligen und zum bestmöglichen Ergebnis zu kommen, wurden im Projekt „Forum gegen Fakes – Gemeinsam für eine starke Demokratie“ zwei verschiedene Arten der Beteiligung miteinander kombiniert: Zum einen konnten sich alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zwischen Januar und Juli 2024 in drei breit angelegten Online-Beteiligungen aktiv einbringen. Zum anderen diskutierte in einem Bürgerrat

eine vielfältig zusammengesetzte Gruppe von über 120 Bürgerinnen und Bürgern die zentralen Aspekte und entwickelte Schritt für Schritt Empfehlungen. Die Beteiligungsprozesse waren eng miteinander verzahnt: Die Ergebnisse einer Beteiligungsphase flossen direkt in die nächste ein, konnten kommentiert und bewertet werden und wurden anschließend weiterentwickelt.

ng und Bürgerrat



Weiterführendes Material

aus den einzelnen Sitzungen des Bürgerrats sowie detaillierte Berichte zu den einzelnen Online-Beteiligungen sind auf unserer Website zu finden:

forum-gegen-fakes.de/de/ergebnisse-der-buergerbeteiligung



Wie funktionierte der

Bürgerrat?

Beim Bürgerrat „Forum gegen Fakes“ arbeiteten über 120 Bürgerinnen und Bürger zusammen. Dafür wurden im ersten Schritt deutschlandweit Menschen nach dem Zufallsprinzip kontaktiert. Das Zufallsprinzip wurde in einem zweiten Schritt mit weiteren Auswahlkriterien kombiniert, um bestmöglich die Vielfalt der Bevölkerung in Deutschland abzubilden. Kriterien waren die Verteilung der Menschen nach Alter, Geschlecht, Bundesland, Gemeindegröße, Bildungs- und Migrationshintergrund.

Bei insgesamt fünf Sitzungen an neun Tagen – digital und persönlich – diskutierte der Bürgerrat gemeinsam über das Thema Desinformation und tauschte sich in Kleingruppen vertieft zu spezifischen Fragestellungen aus. Die Diskussionen sollten auf Augenhöhe geführt werden. Hierfür wurden die Treffen des Bürgerrats von erfahrenen externen Moderatorinnen und Moderatoren begleitet.

Verschiedene Expertinnen und Experten gaben während des Prozesses zu unterschiedlichen Aspekten des Themas Hintergrundinformationen und unterstützten bei inhaltlichen Fragen. Der Bürgerrat hörte Vorträge und diskutierte, stellte Fragen und lernte verschiedene fachliche Perspektiven kennen, sodass bei der Formulierung der Empfehlungen alle Teilnehmenden auf dem gleichen Wissensstand waren.

Wie funktionierten die drei

Online-Beteiligungen?

Die Online-Beteiligungen wurden auf der Plattform von Make.org durchgeführt. Um Bürgerinnen und Bürger auf die Beteiligung aufmerksam zu machen, wurden diverse Kommunikationsmaßnahmen umgesetzt, u. a. das Schalten von Anzeigen in Sozialen Medien, die Nutzung von Newslettern oder Mailing-Listen der in das Projekt involvierten Organisationen sowie Pressearbeit. Eine sehr wichtige Rolle spielte die direkte Verlinkung in Artikeln des Nachrichtenportals t-online.

Die Bürgerinnen und Bürger konnten in verschiedenen Beteiligungsphasen entweder eigene Vorschläge einbringen und zur Abstimmung stellen oder (vorläufige) Empfehlungen kommentieren und darüber abstimmen. Durch das Verfassen von Kommentaren konnten sie ihre Meinung verdeutlichen und/oder Verbesserungsvorschläge machen.

Am Ende der Online-Beteiligungsphasen haben Daten- und Sozialwissenschaftler die gesammelten Vorschläge analysiert und gruppiert, um Ideen zu identifizieren, die die Diskussion am besten wiedergeben. Jede dieser Ideen setzt sich aus Dutzenden bis Hunderten von Vorschlägen zusammen.

Alle eingereichten Kommentare wurden von einem Moderationsteam auf die Einhaltung bestehender Gesetze und der geltenden Moderationscharta geprüft. Diskriminierende, beleidigende und nicht-themenbezogene Kommentare wurden nicht berücksichtigt. Zudem waren mehrere Schutzmaßnahmen eingerichtet worden, um die Online-Beteiligung vor Beeinflussung durch Hacking und Trolling zu schützen.

Ablauf des Bürgerrats

15.–17. März 2024 (Präsenz)

→ Auftakt und Festlegung der Themen

Beim ersten Treffen des Bürgerrats standen das Kennenlernen und der Erfahrungsaustausch zum Thema Desinformation im Vordergrund. Die Teilnehmenden erhielten Einblicke in die verschiedenen Themenfelder und ordneten sich einer Themengruppe zu.

13. April 2024 (Online)

→ Vertiefung der Inhalte

Fünf Themengruppen beschäftigten sich mit den Subthemen. Für die vertiefte inhaltliche Diskussion wurden sie nochmals in Kleingruppen aufgeteilt.

20. April 2024 (Online)

→ Weitere Vertiefung der Inhalte

Am Ende der Sitzung standen erste Ideen und Entwürfe für vorläufige Empfehlungen, die in die zweite Online-Beteiligung einfließen und dort kommentiert werden konnten.

4. Mai 2024 (Online)

→ Feedback und Austausch

Der Bürgerrat holte Feedback von Interessengruppen und Politik sowie von Praktikerinnen und Praktikern ein und tauschte sich zu den vorläufigen Empfehlungen aus.

24.–26. Mai 2024 (Präsenz)

→ Erarbeitung der finalen Empfehlungen

Der Bürgerrat hat den Entwurf der Empfehlungen abgestimmt und beschlossen.

Ablauf der Online-Beteiligung

24. Januar 2024 – 1. April 2024

→ Erste Online-Beteiligung

In der ersten Online-Beteiligung konnten sich Bürgerinnen und Bürger aktiv mit eigenen Vorschlägen zur Frage: „Fakes und Manipulation von Informationen: Was sollten wir tun, um uns und unsere Demokratie zu schützen?“ einbringen und andere Vorschläge bewerten. Die Vorschläge, zusammengefasst in Themengruppen und Ideen, flossen als Input direkt in die Arbeit des Bürgerrats mit ein.

22. April 2024 – 12. Mai 2024

→ Zweite Online-Beteiligung

In der zweiten Phase gaben Online-Teilnehmende Feedback zu fünf vorläufigen Empfehlungen, die der Bürgerrat ausgearbeitet hatte. Online konnten die Empfehlungen bewertet und kommentiert werden. Das Feedback der Online-Teilnehmenden diente dem Bürgerrat wiederum als Informationsquelle zur Formulierung finaler Empfehlungen.

5. Juni 2024 – 2. Juli 2024

→ Dritte Online-Beteiligung

In der dritten Online-Beteiligung des „Forums gegen Fakes“ konnte über 28 einzelne Maßnahmen abgestimmt werden. Diese stammten aus den 15 Empfehlungen, die der Bürgerrat am 26. Mai 2024 verabschiedet hatte. Jede Empfehlung enthielt eine oder mehrere Maßnahmen, die für die Online-Beteiligung aufgeschlüsselt und thematisch sortiert wurden.

5.2 Ergebnisse der einzelnen Prozessschritte

Erste Online-Beteiligung:



In der ersten Online-Beteiligung vom 24. Januar bis 1. April 2024 konnten sich Bürgerinnen und Bürger aktiv mit eigenen Vorschlägen zur Frage „Fakes und Manipulation von Informationen: Was sollten wir tun, um uns und unsere Demokratie zu schützen?“ einbringen und die Vorschläge anderer bewerten.

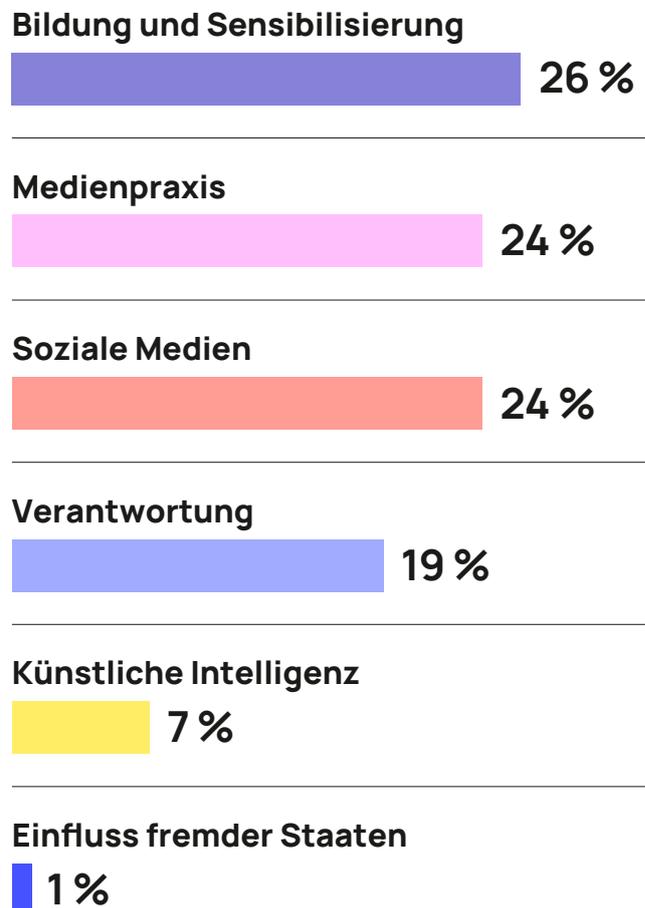
Die Ideen und Vorschläge wurden in Themengruppen zusammengefasst und flossen als Input direkt in die Arbeit des Bürgerrats mit ein.

Die erste Online-Beteiligung in Zahlen



Die erste Online-Beteiligung fand breiten Anklang in der Bevölkerung. Fast 200.000 Menschen nahmen aktiv teil und stimmten über 870.000-mal ab. Die über 1.600 Vorschläge zeigten deutlich, dass die breite Bevölkerung Fakes und Manipulationen als eine reale Gefahr für die Demokratie betrachtet. Des Weiteren spiegelte sich in den Ergebnissen ein klarer Konsens wider, nämlich dass konkrete

Sechs Themenfelder: Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger gebündelt



Maßnahmen erforderlich sind, um Desinformation zu begegnen. Es gibt jedoch unterschiedliche Meinungen, welche Maßnahmen dies im Konkreten sein sollen.

Die eingereichten Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger wurden nach Beendigung der Beteiligung analysiert und gruppiert. Hieraus wurden 30 Ideen identifiziert, die die Diskussion am besten wiedergaben. Des Weiteren wurden aus allen Vorschlägen sechs Themenfelder definiert, von denen dann fünf Grundlage für die inhaltliche Arbeit des Bürgerrats wurden. Das Themenfeld „Verantwortung“ wurde als übergreifendes Thema identifiziert, dessen Vorschläge später in den anderen Themenfeldern aufgingen. Die Themenfelder nach Anteil an allen Einreichungen mit ausgewählten Ideen, und Beispielvorschlägen sind:

26 % der Vorschläge:

→ Bildung und Sensibilisierung

Idee: Medienkompetenz als Teil des schulischen Lehrplans

Beispielvorschlag: „Man sollte den kritischen Umgang mit allen Medien bereits in der Grundschule lehren sowie kostenfreie Bildungsangebote für alle anbieten.“ – Claudia

24 % der Vorschläge:

→ Medienpraxis

Idee: Trennung von Nachricht und Meinung in der Berichterstattung

Beispielvorschlag: „Man sollte in Nachrichten besser zwischen objektiven Fakten und Meinungen oder Einschätzungen der Journalisten unterscheiden.“ – Dieter

24 % der Vorschläge:

→ Soziale Medien

Idee: Kennzeichnung von Fake News

Beispielvorschlag: „Man sollte auf jeder Social-Media-Seite und bei jeder Werbeeinblendung die Möglichkeit haben, Falschmeldungen zu markieren.“ – Gabi

19 % der Vorschläge:

→ Verantwortung

Idee: Konsequente Verfolgung von Fake News

Beispielvorschlag: „Man sollte allen Social Media viel konsequenter auferlegen, Fakeprofile und oder Fakemeldungen zu löschen und die Accounts zu sperren!“ – Sandy

7 % der Vorschläge:

→ Künstliche Intelligenz

Idee: Kennzeichnungspflicht für KI-generierte Inhalte

Beispielvorschlag: „Man sollte eine Kennzeichnungspflicht für alle Fotos, die mit Unterstützung der KI hergestellt wurden, einführen.“ – Hela

1 % der Vorschläge:

→ Einfluss fremder Staaten

Beispielvorschlag: „Man sollte ausführlicher darüber informiert werden, wie ausländische Desinformation funktioniert.“ – Andreas

Beispielvorschlag: „Man sollte Bots und ausländische Einflussnahme insb. aus Russland eindeutig kennzeichnen.“ – Aliexa

Beispiel der Online-Beteiligung



Den detaillierten Ergebnisbericht zur ersten Online-Beteiligung finden Sie hier auf unserer Website: www.bertelsmann-stiftung.de/forum-gegen-fakes-erste-online-beteiligung



Bürgerrat:

Ideenfindung

Themenschwerpunkte festlegen
und Ideen erarbeiten

Die erste Präsenzveranstaltung des Bürgerrats fand vom 15. bis 17. März 2024 im Berliner Kronprinzenpalais statt. Dieses Treffen markierte den Auftakt der Arbeit des Bürgerrats, bei dem das Kennenlernen und der Erfahrungsaustausch zum Thema Desinformation im Vordergrund standen. Die Teilnehmenden stammten aus allen Bundesländern, aus kleinen Dörfern und aus großen Städten und spiegelten in Bezug auf Geschlecht, Alter, Bildungsgrad und Migrationshintergrund die Vielfalt der deutschen Gesellschaft wider.

Die Teilnehmenden diskutierten gemeinsam über den möglichen Umgang mit Fakes und gezielter Falschinformation, nachdem sie sich zuvor über ihre eigenen Erfahrungen ausgetauscht und erste inhaltliche Einblicke bekommen hatten. Die Inputs kamen durch Expertinnen und Experten unter anderem vom Hans-Bredow-Institut, der FU Berlin, dem ISD Germany und Wikimedia Deutschland e. V. sowie von Stakeholdern wie etwa von YouTube DACH/CEE, dem Bundesamt für Verfassungsschutz oder Deutschland sicher im Netz e. V.

Als Ergebnis der ersten Veranstaltung legten die Teilnehmenden die inhaltlichen Schwerpunkte für die weiteren Treffen fest. Aus den sechs Themenfeldern der Online-Beteiligung wurden fünf Themen-

gruppen, das übergeordnete Thema „Verantwortung“ wurde als Querschnittsthema in allen Gruppen mitdiskutiert.

Während drei digitaler Treffen im April und Mai 2024 arbeitete der Bürgerrat in diesen fünf Themengruppen zu Bildung und Sensibilisierung, Medienpraxis und Journalismus, Soziale Netzwerke, Künstliche Intelligenz und Einfluss fremder Staaten. Dabei entwickelten die Teilnehmenden eigene Empfehlungen zum Umgang mit Desinformation und tauschten sich mit Praktikerinnen und Praktikern sowie Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Organisationen dazu aus. Jede Themengruppe formulierte eine vorläufige Empfehlung für die nächste Online-Beteiligung.

Zweite Online-Beteiligung:

Feedback

Fünf vorläufige Ideen bewerten und kommentieren

In der zweiten Online-Beteiligung vom 22. April bis 12. Mai 2024 gaben Teilnehmende Feedback zu fünf vorläufigen Empfehlungen, die der Bürgerrat ausgearbeitet hatte. Aus den fünf Themenfeldern konnte online jeweils eine Empfehlung bewertet und durch Kommentare weiterentwickelt werden.

Die zweite Online-Beteiligung in Zahlen



9.623
Teilnehmende



1.703
Kommentare



10.381
Abstimmungen



Weitere Informationen

zu den Expertinnen und Experten, die dem Bürgerrat Input geliefert haben, finden Sie auf der jeweiligen Ergebnisseite unserer Website:
forum-gegen-fakes.de/de/ergebnisse-der-buergerbeteiligung



Die Online-Teilnehmenden konnten über jede der fünf Empfehlungen abstimmen. Durch das Verfassen von Kommentaren konnten sie ihre Meinung verdeutlichen und/oder Verbesserungsvorschläge machen. Diese sollten zur Weiterentwicklung der Empfehlungen des Bürgerrats beitragen. Am Ende der Online-Beteiligung wurden die Kommentare ausgewertet, um festzustellen, welche Empfehlungen auf hohe Zustimmung oder Ablehnung gestoßen sind.

Mit über 1.700 Kommentaren von fast 10.000 Bürgerinnen und Bürgern fand die zweite Online-Beteiligung eine breite öffentliche Resonanz, obwohl sie den Teilnehmenden deutlich mehr Zeit für ihre Teilnahme abverlangte als die erste. Die Mehrheit aller Kommentare war überaus konstruktiv – teils stärkten sie die vorgeschlagenen Maßnahmen des

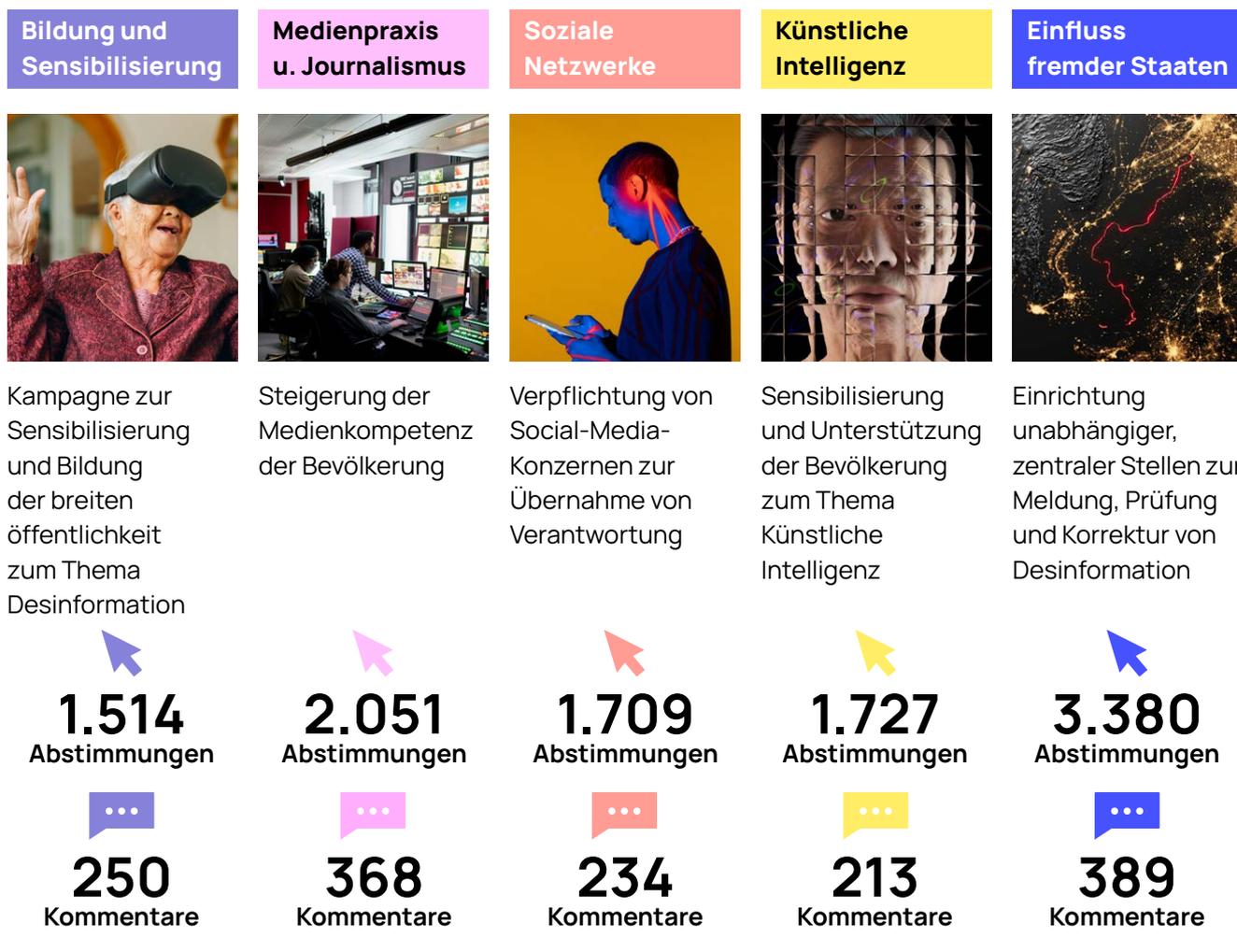


Den detaillierten **Ergebnisbericht** zur zweiten Online-Beteiligung finden Sie auf unserer Website: www.bertelsmann-stiftung.de/forum-gegen-fakes-zweite-online-beteiligung



Bürgerrats, teils ergänzten sie die Maßnahmen um weitere Aspekte. Knapp zehn Prozent der Kommentare enthielten generelle Kritik an dem bestehenden Politik- und Mediensystem in Deutschland. Gerade zur Definition des Begriffs „Desinformation“ selbst fanden kritische Diskussionen in den Kommentaren statt, da einige Teilnehmende hier Zensur und Eingriffe in die Meinungsfreiheit befürchteten.

Überblick zur zweiten Online-Beteiligung



Zur Illustration im Folgenden einige Beispiele der Kommentare und übergeordneten Ideen zu den ersten Empfehlungen des Bürgerrats:

→ **Kampagne zur Sensibilisierung und Bildung der breiten Öffentlichkeit zum Thema Desinformation**

Idee: Zielgruppengerechte Information und Kommunikation

Beispielkommentar: „Es braucht bei der Aufklärung auch die leichte Sprache, Gebärdensprache, denn nicht alle Menschen haben die gleiche Bildung oder sind ohne Handy. Deshalb sollte man auch für Barrierefreiheit sorgen.“ – Maik

→ **Steigerung der Medienkompetenz der Bevölkerung**

Idee: Vermittlung von Medienkompetenz in Bildungseinrichtungen

Beispielkommentar: „Reporter als Gastlehrer an weiterführenden Schulen fördern, vielleicht auch verpflichtend für jede 8. oder 9. Klasse einführen. Sprich, bevor die Schüler 16 werden und wählen gehen dürfen (EU).“ – Belle

→ **Verpflichtung von Social-Media-Konzernen zur Übernahme von Verantwortung**

Idee: Gesetzliche Verpflichtung zur Aufklärung von Desinformation

Beispielkommentar: „Die Internetkonzerne müssen gesetzlich stärker dazu verpflichtet werden, ihre mit Unwahrheiten einseitig polarisierten ‚Wohnzimmer‘ mit faktischer Information / Aufklärung zu neutralisieren. Angesichts der großen Gewinne sollten Nichteinhaltung und dauerhafte Überschreitung der Gesetzeslage mit hohen Strafgeldern einhergehen, bis hin zur Einstellung des Betriebs.“ – Michael

→ **Sensibilisierung und Unterstützung der Bevölkerung zum Thema Künstliche Intelligenz**

Idee: Strafbarmachung und Sanktionierung der Verbreitung von KI-generierter Desinformation

Beispielkommentar: „Verpflichtende Regeln für KI-Nutzung und eine Behörde, die beim Verstoß dieser Regeln sanktionieren kann, bspw. wenn DeepFakes von Menschen erstellt werden.“ – Evelyn

→ **Einrichtung unabhängiger, zentraler Stellen zur Meldung, Prüfung und Korrektur von Desinformation**

Idee: Features für zentrale Anlaufstelle

Beispielkommentar: „Ich würde eine Website mit einer guten Volltextsuche hilfreich finden. Auf der man schnell und gut strukturiert nach Fake News suchen kann. Darüber hinaus gut platziert eventuell die derzeitigen aktuellsten Top Fake News.“ – Joerg

Bürgerrat:

Finale Empfehlungen

Feedback nutzen und Empfehlungen ausarbeiten

Die zweite Präsenzveranstaltung des Bürgerrats fand vom 24. Mai bis 26. Mai 2024 im Kronprinzenpalais in Berlin statt. Dabei wurde der Entwurf der Empfehlungen an die Politik ausgearbeitet, abgestimmt und beschlossen.

Jede Bürgerin und jeder Bürger hatte die Möglichkeit, sich entsprechend der persönlichen Präferenzen weiter mit den Themen zu beschäftigen. Die Zuordnung zu Themengruppen wurde dadurch aufgehoben. Insgesamt wurden 15 Empfehlungen (s. Kapitel 4) mit 28 Maßnahmen zum Umgang mit Desinformation erarbeitet.

Die vielfältig zusammengesetzte Gruppe des Bürgerrats diskutierte die aufbereiteten Ergebnisse der Online-Beteiligung miteinander und bearbeitete die wichtigsten Punkte. In allen Phasen standen

Expertinnen und Experten den Teilnehmenden mit Rat und Tat zur Seite. Auf diese Weise ermöglichte die Methode einen respektvollen und konstruktiven Austausch aller Teilnehmenden untereinander.

„Es ist beeindruckend, wie viel Fachwissen die Bürger:innen seit der ersten Sitzung dazugewonnen haben.“

Dr. Anja Zimmer, Medienexpertin und Rechtsanwältin, Expertin im Rahmen der Bürgerdiskussionen im Forum gegen Fakes

Insgesamt wurde deutlich: Das Spannungsfeld zwischen Meinungsfreiheit und Bekämpfung von Desinformation ist schwer aufzulösen. Die wichtigsten Schlüssel sind Bildung und Medienkompetenz, nicht nur verpflichtend in der Schule, sondern als Angebot in allen Gruppen der Gesellschaft.

Dritte Online-Beteiligung:

Abstimmung

Finale
Empfehlungen
bewerten

Vom 5. Juni bis zum 2. Juli 2024 wurden die finalen Ergebnisse des Bürgerrats online zur Abstimmung gestellt. In dieser dritten und letzten Online-Beteiligung des „Forums gegen Fakes“ konnte über 28 einzelne Maßnahmen abgestimmt werden. Diese stammten aus den 15 ausführlich beschriebenen Empfehlungen, die der Bürgerrat am 26. Mai 2024 verabschiedet hatte. Diese Empfehlungen enthielten zum Teil mehrere Maßnahmen, die für die Online-Beteiligung aufgeschlüsselt und thematisch sortiert wurden.

Das Interesse am Thema und den Empfehlungen des Bürgerrats in der Bevölkerung war groß. Insgesamt haben an der dritten Online-Beteiligung

Die dritte Online-Beteiligung in Zahlen



mehr als 215.000 Menschen teilgenommen und über 620.000-mal abgestimmt.

Alles in allem zeigte die Online-Beteiligung einen sowohl wertschätzenden als auch kritischen Umgang der breiten Bevölkerung mit den vorgeschlagenen Maßnahmen des Bürgerrats. Die 28 Vorschläge wurden überwiegend positiv bewertet. 20 der 28 Maßnahmen erhielten mehr als 50 Prozent Zustimmung, und keine der Maßnahmen wurde mehrheitlich abgelehnt. Sehr viel Zustimmung bekamen Maßnahmen, die auf eine erhöhte Transparenz von Informationen und medialen Inhalten abzielen, wie die Kennzeichnung von Inhalten, die mit künstlicher Intelligenz erstellt wurden. Vorschläge, welche das Nutzerverhalten von Bürgerinnen und Bürgern direkt betreffen, trafen tendenziell auf niedrigere Zustimmung, z. B. der Vorschlag, Nutzerinnen und Nutzer von Sozialen Medien über eine Bedenkzeit vor die Wahl zu stellen, ob sie Posts mit vermeintlicher Desinformation veröffentlichen wollen. Mit neun Maßnahmenvorschlägen bezogen sich sehr viele Vorschläge auf die Stärkung der Medienkompetenz in der Bevölkerung. Hohe Zustimmung fand der Vorschlag, gesetzliche Regelungen zu schaffen, mit denen Bund und Länder den Umgang mit Desinformation im Bildungssystem verankern.



Den detaillierten Ergebnisbericht zur dritten Online-Beteiligung finden Sie auf unserer Website:
[www.bertelsmann-stiftung.de/
forum-gegen-fakes-dritte-online-
beteiligung](http://www.bertelsmann-stiftung.de/forum-gegen-fakes-dritte-online-beteiligung)



Im nächsten Kapitel werden die Abstimmungsergebnisse im Detail dargestellt.

6 Die finale Online-Abstimmung

Wie die Online-Teilnehmenden die Maßnahmen des Bürgerrats bewerten

Hier sind die finalen Abstimmungsergebnisse der Online-Teilnehmenden aus der dritten und letzten Online-Beteiligung des „Forums gegen Fakes“ dargestellt. Es konnte über 28 einzelne Maßnahmen abgestimmt werden, die aus den 15 Empfehlungen des Bürgerrats stammen. Diese Empfehlungen enthalten zum Teil mehrere Maßnahmen, die für die Online-Beteiligung aufgeschlüsselt wurden.

Bildung und Sensibilisierung

Durchführung einer jährlich stattfindenden bundesweiten Aktionswoche zur Aktivierung der Bevölkerung gegen Desinformation

Maßnahmen	Online-Abstimmung		
	 dafür	 neutral	 dagegen
Man sollte jährlich eine bundesweite Aktionswoche zur Aktivierung der Bevölkerung gegen Desinformation veranstalten	46 %	30 %	25 %

Vermittlung von Medienkompetenz an Erwachsene

Maßnahmen	Online-Abstimmung		
	 dafür	 neutral	 dagegen
Man sollte an Berufs- und Hochschulen ein Pflichtmodul Medienkompetenz einführen und das Thema bei Schul-Elternabenden vermitteln	55 %	23 %	22 %
Man sollte freiwillige Medienkompetenz-Kurse für Erwachsene über Online-Plattformen, gemeinnützige und Weiterbildungsinstitutionen anbieten	49 %	29 %	22 %

Medienkompetenz in den Lehrplänen

Maßnahmen	Online-Abstimmung		
	 dafür	 neutral	 dagegen
Man sollte in die Lehrpläne des Lehramtsstudiums Pflichtmodule zum Thema Medienkompetenz für alle Schulformen und Altersstufen aufnehmen	58 %	22 %	20 %
Man sollte ein eigenes Medienkompetenz-Schulfach ab dem 3. Schuljahr einführen und Lehrkräfte anhaltend zum Thema Desinformation fortbilden	51 %	25 %	24 %

Rechtliche Verankerung von Medienkompetenz in der Bildung

Maßnahmen	Online-Abstimmung		
	 dafür	 neutral	 dagegen
Man sollte gesetzliche Regelungen schaffen, mit denen Bund und Länder den Umgang mit Desinformation im Bildungssystem verankern	61 %	17 %	22 %
Man sollte den Ländern von Bundesseite eine Finanzierung anbieten, um einen einheitlichen Lehrplan für Medienkompetenzbildung zu entwickeln	53 %	22 %	26 %

Fake-News-Quiz – Was ist wahr oder falsch?

Maßnahmen	Online-Abstimmung		
	 dafür	 neutral	 dagegen
Man sollte die Bevölkerung über ein Fake-News-Quiz einfach und spielerisch für das Thema Desinformation sensibilisieren	46 %	30 %	24 %

Desinformationsranking zu Aussagen von politischen Akteurinnen und Akteuren

Maßnahmen	Online-Abstimmung		
	 dafür	 neutral	 dagegen
Man sollte während des Wahlkampfes ein Desinformationsranking zu Aussagen von Politikerinnen und Politikern erstellen	59 %	23 %	19 %

Medienpraxis und Journalismus

Gütesiegel für qualitativen Journalismus

Maßnahmen	Online-Abstimmung		
	 dafür	 neutral	 dagegen
Man sollte das Vertrauen in qualitativ hochwertige Medien stärken durch ein freiwilliges, transparent gestaltetes Journalismus-Gütesiegel	56 %	21 %	24 %

Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger durch Transparenz über Medien und Rückverfolgbarkeit von Quellen fördern

Maßnahmen	Online-Abstimmung		
	 dafür	 neutral	 dagegen
Man sollte Inhalte, die durch eine KI generiert wurden, immer mit einer Kennzeichnung versehen	73 %	18 %	10 %
Man sollte ein Zertifikat für Medien anbieten, die weitere Quelleninformationen zu ihren Inhalten anbieten	60 %	24 %	16 %
Man sollte bei von Medien veröffentlichten Inhalten einen standardisierten, freiwillig befüllbaren Bereich für Quelleninformationen einfügen	59 %	26 %	16 %

Bereitstellung von Material zum Themenbereich Desinformation für Medienhäuser

Maßnahmen	Online-Abstimmung		
	 dafür	 neutral	 dagegen
Man sollte für Medienhäuser aktuelles, aufbereitetes Material zu Desinformation bereitstellen, um das Thema stärker zu platzieren	50 %	21 %	30 %

Soziale Netzwerke

Entwicklung und Verbreitung von leichtverständlichen Leitlinien zum Umgang mit Desinformation

Maßnahmen	Online-Abstimmung		
	 dafür	 neutral	 dagegen
Man sollte als erste Hilfestellung für die Bevölkerung leichtverständliche Leitlinien im Umgang mit Desinformation entwickeln und verbreiten	62 %	16 %	22 %

Verpflichtung der Social-Media-Plattformen zur effektiven Bekämpfung von Desinformation

Maßnahmen	Online-Abstimmung		
	 dafür	 neutral	 dagegen
Man sollte in Nutzungsbedingungen von Plattformen die Verpflichtung aufnehmen, keine Desinformation zu verbreiten, sowie Verstöße ahnden	64 %	15 %	21 %
Man sollte Social-Media-Plattformen verpflichten, Beiträge, die Desinformation enthalten könnten, zu kennzeichnen	59 %	19 %	22 %
Man sollte die Algorithmen auf Social-Media-Plattformen veröffentlichen und so programmieren, dass sie Desinformation nicht verbreiten	57 %	21 %	23 %
Man sollte Plattformen verpflichten, jährlich 1 % ihres weltweiten Jahresumsatzes in die Bekämpfung von Desinformation zu investieren	53 %	22 %	25 %
Man sollte im EU-Gesetz Plattformen verpflichten, eine jährliche unabhängige Prüfung von Desinformation durchzuführen	52 %	23 %	25 %

Bewusstes Posten zur Vermeidung der Verbreitung von Desinformation

Maßnahmen	Online-Abstimmung		
	 dafür	 neutral	 dagegen
Man sollte Plattformen verpflichten, eine Wartezeit vor der Veröffentlichung von Posts einzuführen, in der eine KI auf Desinformation prüft	48 %	19 %	33 %
Man sollte User über eine Bedenkzeit vor die Wahl stellen, ob sie Posts mit vermeintlicher Desinformation veröffentlichen wollen	42 %	24 %	34 %

Künstliche Intelligenz

Entwicklung von Technologien zur Kennzeichnung von Desinformation

Maßnahmen	Online-Abstimmung		
	 dafür	 neutral	 dagegen
Man sollte barrierefreie, unparteiische und nutzerfreundliche KI-Technologien zur Erkennung und Kennzeichnung von Desinformation entwickeln	55 %	22 %	23 %

Einfluss fremder Staaten

Schaffung einer zentralen Stelle zu Desinformation

Maßnahmen	Online-Abstimmung		
	 dafür	 neutral	 dagegen
Man sollte über eine zentrale Stelle mindestens einmal jährlich einen Forschungsbericht mit Analysen zu Desinformation veröffentlichen	54 %	24 %	22 %
Man sollte eine zentrale Anlaufstelle zur Beratung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Journalistinnen und Journalisten und zur Überprüfung und Meldung von Desinformation schaffen	52 %	23 %	25 %
Man sollte über eine zentrale Stelle Präventionsarbeit und proaktive Kampagnen gegen Desinformation fördern	50 %	23 %	28 %
Man sollte die Arbeit staatlicher Behörden und weiterer Initiativen im Kampf gegen Desinformation durch eine zentrale Stelle koordinieren	45 %	25 %	30 %

Prüfung einer strafrechtlichen Verfolgung und/oder Sanktionierung der Verbreitung von Desinformation

Maßnahmen	Online-Abstimmung		
	 dafür	 neutral	 dagegen
Man sollte prüfen, ob die Verbreitung von Desinformation unter Wahrung der Meinungsfreiheit strafrechtlich verfolgt werden kann	63 %	13 %	24 %

7 Vielfalt des Bürgerrats

Die Zusammensetzung der Gruppe und wie diese zustande kam

Der Bürgerrat „Forum gegen Fakes“ bestand aus über 120 Bürgerinnen und Bürgern, die die Vielfalt der Bevölkerung in Deutschland abbilden. Für die Zusammensetzung des Bürgerrats wurden folgende Kriterien zugrunde gelegt: regionale Herkunft, Gemeindegröße, Geschlecht, Alter, Bildungsgrad und Migrationshintergrund. Somit kamen die Bürgerinnen und Bürger aus allen Bundesländern, aus kleinen Dörfern und aus großen Städten, und spiegeln in Bezug auf Geschlecht, Alter, Bildungsgrad und Migrationshintergrund die Vielfalt der deutschen Gesellschaft wider. Neben Deutschkenntnissen (mindestens Level B2) waren keine speziellen Fachkenntnisse für die Teilnahme am Bürgerrat erforderlich. Das Mindestalter betrug 18 Jahre.

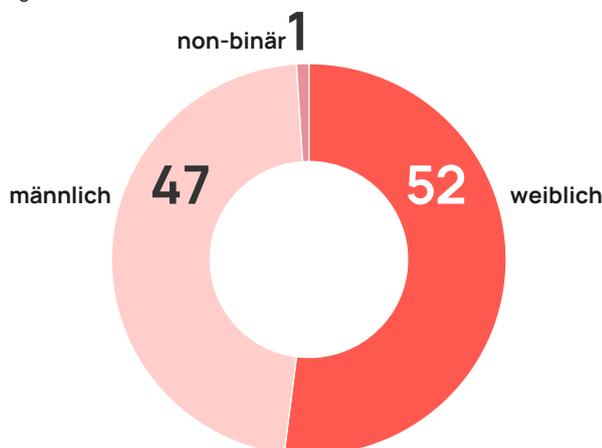
Um diese Vielfalt bei der Teilnehmerschaft für den Bürgerrat „Forum gegen Fakes“ zu gewährleisten, wurde das Verfahren der Kontaktaufnahme nach dem Zufallsprinzip angewandt und mit Kriterien für

die Vielfalt von Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland kombiniert. Dafür wurde in einem ersten Schritt eine große Anzahl an Personen per Zufall kontaktiert. Die Zufallsstichproben wurden aus zufällig generierten Telefonnummern (Random Digit Dialing – RDD) und aus einer Marktforschungsdatenbank gezogen. In einem zweiten Schritt wurden die interessierten Personen nach den Kriterien Bundesland, Gemeindegröße, Geschlecht, Alter, Bildungsgrad und Migrationshintergrund analysiert und den dafür vorgesehenen Quoten zugeordnet. Am Ende des Auswahlverfahrens stand eine feste Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern: der Bürgerrat „Forum gegen Fakes“.



Geschlecht

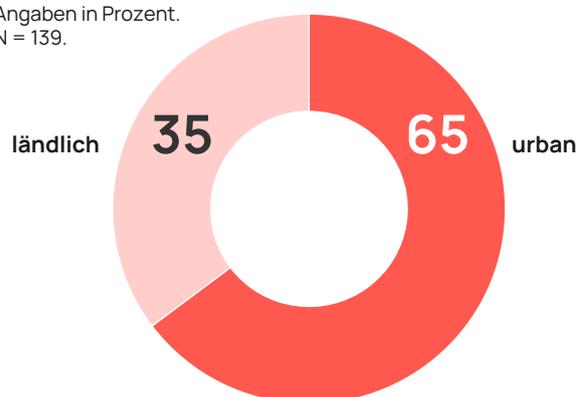
Zusammensetzung des Bürgerrats nach Geschlecht
 Angaben in Prozent. N = 139.



Quelle: „Forum gegen Fakes“.

Wohnort

Zusammensetzung des Bürgerrats nach Wohnort
 in ländlichem oder städtischem Gebiet.
 Angaben in Prozent.
 N = 139.

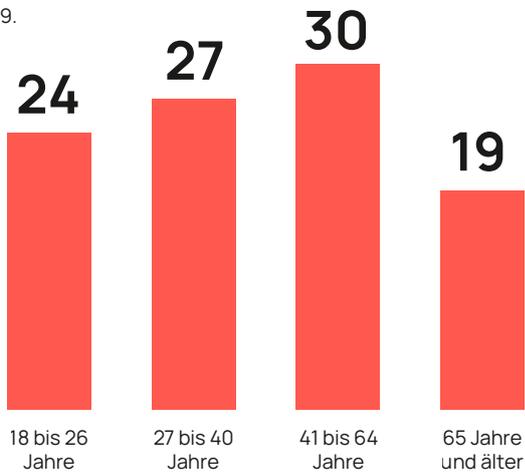


urban: Städte mit mehr als 20.000 Einwohnenden;
 ländlich: weniger als 20.000 Einwohnende.

Quelle: „Forum gegen Fakes“.

Alter

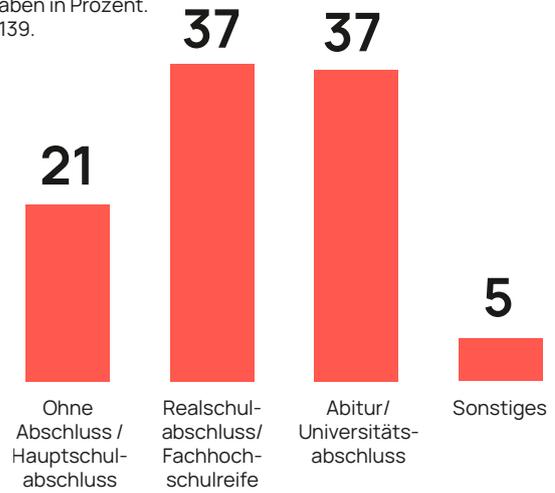
Angaben in Prozent.
N = 139.



Quelle: „Forum gegen Fakes“.

Bildung

Angaben in Prozent.
N = 139.



Quelle: „Forum gegen Fakes“.

Herkunftsbundesland

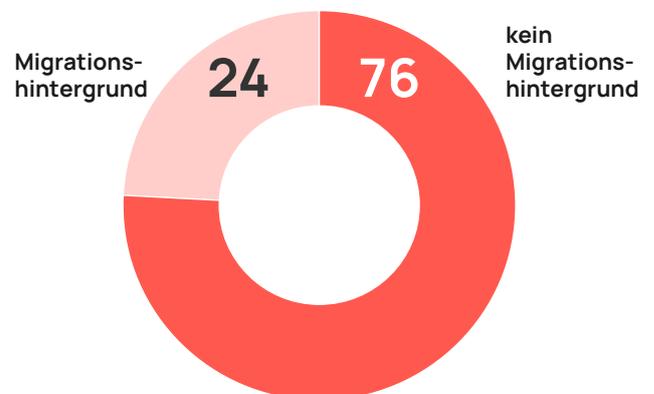
Anteil der Bürgerinnen und Bürger, die aus einem bestimmten Bundesland kommen, Anteil in Prozent.
N = 139.



Quelle: „Forum gegen Fakes“.

Migrationshintergrund

Zusammensetzung des Bürgerrats nach Migrationshintergrund, Angaben in Prozent. N = 139.



Quelle: „Forum gegen Fakes“.



Weitere Details zum Verfahren der Kombination des Zufallsprinzips mit den Vielfalts-Kriterien finden Sie hier auf unserer Website:
forum-gegen-fakes.de/de/fragen-und-antworten



8 Das Projekt ist noch nicht zu Ende – Fazit und Ausblick

Desinformation ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das gemeinsam angegangen werden muss. Das haben die hohe Beteiligung der Bevölkerung am deutschlandweiten Bürgerbeteiligungsprojekt „Forum gegen Fakes“, das große Engagement des Bürgerrats und nicht zuletzt die Ergebnisse gezeigt. Durch eine mehrstufige Beteiligung hat in dem Projekt ein echter Meinungsbildungsprozess bei den Bürgerinnen und Bürgern stattgefunden. Der Bürgerrat erarbeitete 15 Handlungsempfehlungen und 28 konkrete Maßnahmen. Diese stießen auf eine hohe Resonanz bei den Online-Teilnehmenden und erhielten überwiegend Zustimmung. Aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger besteht Handlungsbedarf: Sie wünschen sich Reformen von der Politik und konkrete Maßnahmen seitens der Medien, der Tech-Unternehmen und Social-Media-Plattformen sowie der Zivilgesellschaft.

Jetzt sind diese Adressaten gefragt, sich ernsthaft mit den Empfehlungen auseinanderzusetzen und mögliche Formen der Umsetzung zu entwickeln.

Die Kombination von Online-Massenbeteiligung und Bürgerrat hat sich ausgezahlt. Von dieser neuen Form der Bürgerbeteiligung profitierten sowohl die Online-Teilnehmenden als auch der Bürgerrat. Bürgerinnen und Bürger konnten inklusiv und breit beteiligt werden. Ein öffentlicher Diskurs zum Umgang mit Desinformation wurde angestoßen, und viele Menschen konnten für das Thema sensibilisiert werden. Durch die Online-Beteiligung wurde die Qualität der Arbeit des Bürgerrats gesteigert: Die Meinungen, die Ideen und das Feedback der Online-Teilnehmenden bereicherten seine Arbeit. Diese wichtigen Impulse berücksichtigte der Bürgerrat bei der Ausarbeitung der finalen Empfehlungen und Maßnahmen. Die Empfehlungen motivierten und inspirierten wiederum Bürgerinnen und Bürger, sich über die Online-Beteiligung mit dem Thema auseinanderzusetzen und abzustimmen. Die hohe Zustimmung von Online-Teilnehmenden zu den

finalen Maßnahmen des Bürgerrats belegt die große Akzeptanz seiner Empfehlungen in der breiten Bevölkerung.

Aufbauend auf dem „Forum gegen Fakes“, wird die Bertelsmann Stiftung die Kombination von Online-Beteiligung und Bürgerrat zu einem eigenständigen Beteiligungsmodell weiterentwickeln, anwendbar auf verschiedenste Problemfragen aller politischen Ebenen.

Ein transparenter Folgeprozess, politischer Wille und öffentliche Sichtbarkeit sind entscheidend für die Wirkung der Handlungsempfehlungen.

Entscheidungen über politische Maßnahmen werden nicht von den Bürgerinnen und Bürgern getroffen, sondern von den politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern. Die Empfehlungen fordern auch ein Handeln seitens Medien, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Die Bürgerinnen und Bürger müssen eine ernsthafte Auseinandersetzung mit ihren Empfehlungen erwarten können, inklusive konkreter Umsetzungsmöglichkeiten und ausführlicher Begründungen, wo eine Umsetzung nicht in Betracht gezogen wird.

Dass das BMI die Empfehlungen u. a. für die Erarbeitung einer neuen Strategie der Bundesregierung zum Umgang mit Desinformation nutzen wird, ist ein erster wichtiger Schritt.

Akteure aus dem Bildungsbereich, aus Technologie-Unternehmen und von Plattformanbietern, Medien, Zivilgesellschaft und Politik wurden bereits frühzeitig in das Projekt einbezogen. Mit ihnen plant das BMI weitere Veranstaltungen zum Umgang mit den Empfehlungen. Ein Monitoring-Instrument, das den Nachfolgeprozess und die Fortschritte dokumentiert und transparent macht, ist in Arbeit. Auch eine Feedback-Veranstaltung mit Bürgerinnen und Bürgern im Jahr 2025 steht auf der Agenda des BMI. Dieser Folgeprozess ist wichtig, weil so der Umgang

mit den Empfehlungen präsent bleibt, Akteure Verantwortung übernehmen und wichtige Weichen für Reformen gestellt werden können.

Das „Forum gegen Fakes“ ist ein Verfahrensbeispiel, wie der öffentliche Austausch und Diskurs über wichtige gesellschaftliche Themen in unserem Land mit Bürgerinnen und Bürgern gelingen kann und wie deren Stimmen in die Politikgestaltung einfließen können. Für die Gegenwart ist es wichtig, dass Politik und andere Stakeholder den Handlungsdruck erkennen, sie sich mit den Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger ernsthaft auseinandersetzen und sie in eigene Reformen und Maßnahmen

einbeziehen. Für die Zukunft wünschen wir uns, dass diese neue Bürgerbeteiligungsform der Kombination und Verzahnung von Online-Beteiligung mit einem Bürgerrat mutige Nachahmerinnen und Nachahmer findet und so in Deutschland wie auch darüber hinaus Bürgerinnen und Bürger verstärkt an politisch relevanten Themen und Fragestellungen beteiligt werden.

Anna Renkamp und **Dr. Angela Jain**

mit dem „Forum gegen Fakes“-Team
der Bertelsmann Stiftung



9 Stimmen aus dem Projekt

Was die Teilnehmenden selbst sagen

„Dieses Projekt hat mich persönlich sehr bereichert, und ich bin sehr dankbar für die bisher gemachten Erfahrungen.“

Eine Teilnehmerin aus dem Bürgerrat

„Es hat wieder viel Spaß gemacht und war richtig interessant!
Vielen Dank an ALLE!“

Ein Teilnehmer aus dem Bürgerrat

„Ich finde wichtig, dass man die Demokratie stärkt!“

Eine Teilnehmerin aus dem Bürgerrat

„Die Hoffnung habe ich – dass es auf fruchtbaren Boden fällt, dass die Bedeutung erkannt wird und dass es auch Mittel und Ressourcen gibt, um unsere Empfehlungen, zumindest einige von ihnen, auch umzusetzen.“

Ein Teilnehmer aus dem Bürgerrat



Mehr Stimmen aus dem „Forum gegen Fakes“ finden Sie hier:
<https://youtu.be/dXKPvHXvDxE>

und hier:
<https://youtu.be/-MUBQeM8Wyc>





Zufriedenheit mit den Veranstaltungen

Angaben in Prozent. N = 139.

Insgesamt bin ich mit den **Ergebnissen** der heutigen Veranstaltung eher/sehr zufrieden

Auftaktveranstaltung **89,9**

Erste Online-Veranstaltung **80,0**

Insgesamt bin ich mit dem **Ablauf** der heutigen Veranstaltung eher/sehr zufrieden

Auftaktveranstaltung **85,4**

Erste Online-Veranstaltung **82,1**

Quelle: „Forum gegen Fakes“.

„Endlich bewegt sich etwas in unserem Land, und das für unsere beste Errungenschaft, unsere Demokratie.“

Rückmeldung zur Online-Beteiligung

„Super Sache! Mit Sensibilisierung, Bildungsoffensiven und nachhaltiger Förderung von Medienkompetenz kommen wir da weiter! Was auch wichtig wäre, ist, dass Plattformen selbst zum sog. Prebunking verpflichtet werden und schon durch ihre Technikgestaltung Medienkompetenz fördern.“

Kommentar auf Social Media



Den gesamten Evaluationsbericht

finden Sie demnächst auf unserer Website:

forum-gegen-fakes.de



„Schon in meinem Berufsleben im technischen Service galt: Nur wenn du weißt, wie etwas funktioniert, kannst du das Problem erkennen und lösen. Dieser Ansatz gilt meiner Meinung nach auch für die KI.“

Kommentar auf Social Media



Ansprechpartnerinnen

Anna Renkamp

Senior Project Manager

Demokratie und Zusammenhalt

E-Mail: anna.renkamp@bertelsmann-stiftung.de

Telefon: +49 5241 81-81145



forum-gegen-fakes.de

Dr. Angela Jain

Senior Project Manager

Demokratie und Zusammenhalt

E-Mail: angela.jain@bertelsmann-stiftung.de

Telefon: +49 30 275788-169



bertelsmann-stiftung.de

Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann-Straße 256

33311 Gütersloh

Telefon +49 5241 81-0